

Neue Initiativen für mehr Beschäftigung

„Die Menschen müssen wieder wissen, daß jeder, der von der Gemeinschaft eine Leistung erwartet, auch selbst eine Leistung für die Gemeinschaft erbringen muß.“ Mit diesen Worten erläuterte Ulf Fink eine neue Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Beschäftigungsangebote statt staatlicher Alimentation fördern will

Auf dem Kongreß „Arbeit für alle“ am 18. November in Berlin stellte Fink, Leiter des Arbeitskreises „Neue Initiativen zur Beschäftigungsförderung“, vor, was die Bundestagsfraktion beschlossen hat. Wichtigste Forderung: Sozialhilfeempfänger sollen künftig verstärkt zur Arbeit in den Kommunen herangezogen werden.

Wenn nötig: Lohnzuschüsse

Für 200.000 von insgesamt 700.000 arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern haben die Kommunen bereits Arbeit beschafft, und es rechnet sich für sie.

Außerdem setzt die CDU/CSU bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verstärkt auf Lohnzuschüsse. Die 160 Milliarden Mark, die die Arbeitslosigkeit in Deutschland jährlich kostet, sollten besser dafür eingesetzt werden, Niedrigeinkommen aufzubessern, bei Hilfen aller Art z. B. im Privathaushalt, bei Familien- und Pflegehilfen, bei der Unterstützung älterer Menschen.

(Ausführlicher Bericht folgt)

HEUTE AKTUELL

● Das Wichtigste

Bundesgeschäftsführer Christian Dürig: Ihr Urteil ist gefragt. Vorstellung eines neuen Dienstes. Seite 2-3

● „Arbeit für alle“

Neue Initiativen zur Beschäftigungsförderung. Thesenpapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Seite 4

● Jahresgutachten

Gunnar Udall: Reformkurs der Koalition bestätigt. Seite 7

Hans-Peter Repnik: Wir sind mit unserer Politik auf dem richtigen Weg. Seite 8

● Bundeshaushalt

Adolf Roth: Konjunkturelle Belastungen und strukturelle Defizite aufgefangen. Seite 9

● Europa

EVP setzt sich für „nationale Seite“ auf den EURO-Münzen ein. Seite 26

● Landesparteitage

Thüringens Zukunft in sozialer Verantwortung gestalten. Seite 27

Damit Niedersachsen gewinnt. Seite 28

● Kurz & bündig

Argumente. Zur Verbesserung der Kommunalfinanzen. Seite 33

Kurz & gut

Weit besser als sein Ruf

Ist der Standort Deutschland nach Meinung des „Zentrums für europäische Wirtschaftsforschung“ (ZEW) in Mannheim. Wie der größte europäische Batteriehersteller, die Varta AG, seine Produktion von Knopfzellenbatterien in Singapur einstellen und nach Ellwangen zurückverlagern will, kehren auch andere Unternehmen nach Deutschland zurück. Ausschlaggebend: Infrastrukturvorteile und das hohe Ausbildungsniveau deutscher Facharbeiter und Techniker.

Frauenförderung mit verbindlichen Zielvorgaben

Eine Entscheidung, die zu größerer Klarheit verhilft, hat Bundesfrauenministerin Claudia Nolte das Urteil des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg zur Frauen-

quote genannt. Auch wenn jedoch nach diesem Urteil die flexible Quote im nordrhein-westfälischen Frauenförderungsgesetz nicht gegen die Gleichberechtigung

richtlinie der EG von 1976 verstoße, so die Ministerin, lasse der Erfolg der

Frauenanteil erhöht

Förderung bisher auf sich war-

ten. Die Bundesregierung habe sich aus diesem Grund im zweiten Gleichberechtigungsgesetz 1994 bewußt für Frauenförderpläne mit verbindlichen Zielvorgaben

entschieden. In den Führungspositionen der obersten Bundesbehörden hat sich seitdem der Anteil von Frauen um 27 Prozent erhöht: 41 Frauen mehr als vor 2 Jahren.

WAS

DAS WICHTIGSTE DER WOCHE AUF EINER SEITE

NR. 1

„Wenn man die Begeisterung der Labour-Regierung über den EURO mit dem Thermometer messen könnte, dann wäre dies in den letzten Tagen kräftig angelegen.“

The Guardian: Der EURO kommt

Rot-grüne Koalitionsvereinbarung in Hamburg:

Ein hoher Preis für den Erhalt der Macht

Ansiedlung in der Bundesstadt

Für Bonn als künftigen Sitz des Internationalen Paralympischen Komitees haben sich die Delegierten des Weltbehinderten-Kongresses in Sydney entschieden. Kanzleramtsminister Friedrich Bohl: „Ein wichtiges internationales sportpolitisches Zeichen!“

Teuer erkaufte haben sich die Hamburger Sozialdemokraten den Erhalt der Macht nach dem Wahldebakel bei den Bürgerschaftswahlen im September: mit Zugeständnissen an die GAL und: Ihr linker Flügel hat sich durchgesetzt.

Statt dringend notwendige Kurskorrekturen vorzunehmen, wird an ideologisch vorgeprägten Zielen festgehalten, ausgewichen und vertagt – mit dem Ergebnis:

- In der Energiepolitik will die Koalition den Ausstieg aus der Kernkraft: Das AKW Brunsbüttel soll bis zum Jahr 2002 abgeschaltet sein.
- Im Bereich Stadtentwicklung werden fast 5.000 Wohneinheiten nicht gebaut, einzig und allein um das Vogelbrutgebiet des Wachtelkönigs zu schützen.
- In Sachen Verkehrspolitik soll in Zukunft als natürliche Art der Fortbewegung in Hamburg das „Zufußgehen“ besonders gefördert werden.
- In der Schulpolitik wird mit drei Schulversuchen das Zurück zur sechsjährigen Grundschule eingeleitet.

• Völlige Fehlanzeige bei der Inneren Sicherheit, die die SPD kurz vor dem Wahltag ganz neu entdeckt zu haben schien. Gegen Jugendkriminalität sieht die Koalitionsvereinbarung „Ermahnungsgespräche“ vor.

• In der Rechtspolitik steht die „rechtliche Absicherung“ gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften im Vordergrund – plus Berechtigung zur Adoption.

Zwischen „Zufußgehen“ und „Ermahnungsgesprächen“: die Spannweite rot-grüner Koalitions politik in Hamburg

FAZIT: Auf hundert Seiten Papier „eher Nichthandeln als Handeln“, wie die „Hamburger Morgenpost“ schreibt. Generalsekretär Peter Hintze: Die rot-grüne Koalition in Hamburg ist zwar das Ergebnis einer rechnerischen Mehrheit nach den Bürgerschaftswahlen. Die Koalitionsvereinbarung aber zeigt: Politik für Hamburg wird auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner gemacht.

Berlin-Umzug kostet weniger

Niedriger als die vorgegebenen 20 Milliarden Mark werden die Ausgaben für den Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin sein. Bundesbauminister Klaus Töpfer rechnet mit Kosten in Höhe von 18,5 Milliarden: „Es wird auch schneller gehen als geplant.“

Beispielhaft für den Aufbau Ost

hat Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Festansprache vor 900 Gästen „die Sanierung des größten Kopfbahnhofs Europas“ genannt. Am 12. November ist nach nur zweijährigen Umbauarbeiten der Leipziger Hauptbahnhof wiedereröffnet worden.

Einbürgerung erleichtern

Auf Vorschlag von Bundesinnenminister Manfred Kanther haben CDU-Bundesvorstand und CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschlossen, in Deutschland geborenen Kindern von ausländischen Mitbürgern eine Einbürgerungszusicherung zu geben. Mit der Vollendung des 18. Lebensjahres wird daraus die deutsche Staatsbürgerschaft, wenn die betreffenden Kinder in Deutschland aufwachsen, hier zur Schule gehen und straffrei bleiben.

gerungszusicherung zu geben. Mit der Vollendung des 18. Lebensjahres wird daraus die deutsche Staatsbürgerschaft, wenn die betreffenden Kinder in Deutschland aufwachsen, hier zur Schule gehen und straffrei bleiben.

Die 3% sind einzuhalten

Trotz der zu erwartenden Steuerminderungen können die von der bisherigen Ausgabenentwicklung und bei weiterhin für den Rest des Jahres gebotener restriktiver Haushaltsführung das Drei-Prozent-Kriterium des Vertrag

von Maastricht eingehalten werden. Mit dieser Erklärung hat Bundesfinanzminister Theo Waigel am 11. November auf das Ergebnis der jüngsten Steuer-schätzung aufgrund aktueller Wirtschaftsdaten für 1997 und 1998 reagiert.

Bundesgeschäftsführer Christian Dürig:

Ihr Urteil ist gefragt

Liebe UiD-Leser,

ab sofort finden Sie in KomSys und im Internet „Das Wichtigste der Woche auf einer Seite“. Knapp und straff formuliert, enthält das eine Blatt (A4) noch einmal die wichtigsten Informationen der letzten UiD-Ausgabe.

Auf Anregung einer Besuchergruppe aus Tuttlingen, die Ende Oktober im Konrad-Adenauer-Haus war, haben wir eine Art „newsletter“ entwickelt, der, wie wir hoffen, mit der jeweils neuesten Ausgabe auch Ihren Wunsch nach aktuellen Flugblättern für Canvassingstände erfüllt.

Sehen Sie sich das Novum auf Seite 2 an: Es enthält sicher einiges, was für Sie nützlich ist.

In den Wahlkämpfen des nächsten Jahres – insbesondere im Bundestagswahlkampf – wird es ganz entscheidend auf Ihr Engagement ankommen.

Um Ihnen Gespräche und Diskussionen, die Sie mit Bürgerinnen und Bürgern führen werden, zu erleichtern, soll das

„Wichtigste der Woche auf einer Seite“ so etwas wie ein Sprechzettel sein: „kurz & gut“ geeignet für den schnellen Zugriff auf Informationen überwiegend mit Meldungscharakter, die oft schlaglichtartig beleuchten, was sonst umständlich erklärt werden müßte.

Ihnen muß, was wir anbieten, gefallen und Sie müssen damit arbeiten. Deshalb interessiert uns, was Sie dazu sagen.

Adresse für Ihre Antworten:

UiD-Redaktion

Telefon (02 28) 5 44-3 40

Telefax (02 28) 5 44-3 41.

Es kommt mir darauf an, daß rechtzeitig mit Beginn des Neuen Jahres 1998 feststeht, ob „Das Wichtigste“ regelmäßig erscheinen soll.

Mit freundlichen Grüßen

Wie Sie an die neue Seite rankommen

- ▶ **In KomSys** finden Sie „Das Wichtigste“ unter „Flugblätter“, wo auch unser Infofax normalerweise steht.
- ▶ **In unserem Internet-Programm** finden Sie es unter „Aktuell“. Sie finden dort auch alle weiteren Informationen darüber, unter welcher Voraussetzung Sie die Seite öffnen und gegebenenfalls ausdrucken können.
- ▶ **Verwendbar** durch Kopieren und Vergrößern ist auch die Abbildung auf Seite 2, allerdings nur in Schwarz/Weiß, wenn Sie keinen Farbkopierer haben.

<http://www.CDU.de>

Neue Initiativen zur Beschäftigungsförderung

Der Leiter des Arbeitskreises „Arbeit für alle – Neue Initiativen zur Beschäftigungsförderung“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ulf Fink, stellte das Thesepapier des Arbeitskreises vor:

Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung in Deutschland heißt vor allem: Stärkung der Wachstumskräfte und bessere Voraussetzungen, wieder mehr Arbeit statt Kapital einzusetzen. Dem dient unser Programm für Wachstum und Beschäftigung, das wir – insoweit wie es in unseren Kräften stand – weitestgehend umsetzen konnten.

Die Selbstregulierungskräfte des Marktes zu stärken, ist von entscheidender Bedeutung. Es besteht aber die Gefahr, daß dies nicht ausreicht, einen wachsenden Teil der Arbeitslosen wieder ins Erwerbsleben zu integrieren: die Langzeitarbeitslosen.

Mehr als jeder dritte Arbeitslose ist schon mehr als ein Jahr arbeitslos. Es reicht nicht aus, diesen Menschen als Perspektive lediglich Unterstützung durch Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe zu bieten. Dies gilt besonders für Jugendliche.

Arbeit ist mehr als Gelderwerb. Wir haben nicht genug getan, wenn wir diesen Menschen lediglich Geld statt Arbeit geben. Andererseits ist es auch notwendig, das Bewußtsein zu schärfen, daß jemand, der eine Leistung der Gemeinschaft empfängt, dafür der Gemeinschaft eine Gegenleistung schuldet.

Sofort wirksame Maßnahmen

● Arbeitslose Sozialhilfeempfänger

► Die Kommunen beschäftigen heute rd. 200.000 der rd. 700.000 arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger. Das sind rd. 80.000 mehr als drei Jahre zuvor. Durch die Reform des BSHG haben wir im vergangenen Jahr die Möglichkeiten der Kommunen hinsichtlich der aktiven Arbeitsmarktpolitik beträchtlich erweitert. Es sollte möglich sein, nun Jahr für Jahr weitere rd. 100.000 Sozialhilfeempfänger zu beschäftigen. Das sind 6 bis 7 Sozialhilfeempfänger jährlich zusätzlich pro Kommune. Wir prüfen, den Kommunen, die es – wie etwa Leipzig – geschafft haben, allen arbeitslosen Sozialhilfeempfängern eine Arbeitsgelegenheit anzubieten, besondere Vergünstigungen im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik des Bundes und der Bundesanstalt für Arbeit einzuräumen.

► Oft unterbleiben mögliche Maßnahmen zur Beschäftigung von beschäftigungslosen Sozialhilfeempfängern, weil die Zuständigkeitsverteilung zwischen Kommune und Kreis so ist, daß die Kommune zwar die Beschäftigungsmaßnahme zu finanzieren hat, am Erfolg (eingesparte Sozialhilfe) dieser Maßnahme aber nicht beteiligt ist. Wir fordern die Länder und Kreise dringend auf, hier Änderungen vorzunehmen.

● **Arbeitslosenhilfeempfänger**

Den Arbeitsämtern fällt es schwer, die 1,3 Mio. Empfänger von Arbeitslosenhilfe ins Erwerbsleben zu reintegrieren. Um den Arbeitslosenhilfeempfängern jede auch nur denkbare Chance auf einen neuen Arbeitsplatz zu geben, haben wir mit der jüngsten Reform des Arbeitslosenhilfegesetzes den Arbeitsämtern ab 1. Januar 1998 das Recht eingeräumt, auch Dritte (z. B. Serviceagenturen, kommunale Beschäftigungsgesellschaften) mit der Vermittlung von Arbeitslosenhilfeempfängern zu beauftragen. Damit dies nun auch wirklich geschieht, wollen wir eine weitere simple, dafür aber um so wirksamere neue Regelung:

Die allgemeinen Ausgaben für Arbeitslosenhilfe sollen deckungsfähig mit den Ausgaben für die Vermittlung von Arbeitslosenhilfeempfängern durch Dritte sein. Denn es ist immer besser, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, statt sie zu bezahlen.

● **Arbeitslose Jugendliche**

Niemand darf gleich zu Beginn seines Berufslebens in die Sozialhilfe ableiten. Trotz erheblicher Bemühungen ist es in diesem Jahr nicht gelungen, für alle Jugendlichen einen Ausbildungs- oder einen Arbeitsplatz zu schaffen. Dies gilt besonders für Jugendliche ohne Hauptschulabschluß.

Wir treten dafür ein, das vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung gemeinsam mit Hamburg entwickelte Programm „Qualifizierung und Arbeit für Schulabgänger“ (QUAS) bundesweit anzuwenden. Es sieht vor, daß letztlich jeder Schulabgänger wenigstens einen Praktikantenplatz mit einem monatlichen Nettoeinkommen von rd. 500,00 DM bei gleichzeitiger Qualifizierung erhält. Die Kosten des Programms betragen im

ersten Jahr brutto rund 960 Mio. DM, netto, das heißt unter Berücksichtigung der Einsparungen bei den Kommunen, den Ländern und der Bundesanstalt für Arbeit, unter Umständen weniger als 200 Mio. DM. In den folgenden Jahren steigen die Kosten an, weil weitere Jahrgänge einbezogen werden. Bund, Länder, Kommunen und Betriebe sollen die Kosten gemeinsam aufbringen.

Die Anteile sollen noch näher vereinbart werden. Das Programm kann zeitlich befristet werden auf den Zeitraum, in dem noch geburtenstarke Jahrgänge ins Erwerbsleben drängen.

Mittelfristig wirksame Maßnahmen

● **Sozialhilfe für Arbeitslose und Arbeitslosenhilfe aus einer Hand**

Es gibt keine überzeugende Begründung dafür, daß es in Deutschland zwei Fürsorgeleistungen für einen Tatbestand, nämlich Arbeitslosigkeit, gibt. Die Tatsache, daß Sozialhilfe für Arbeitslose und Arbeitslosenhilfe aber getrennte Systeme sind, führt zu erheblichen Doppel- und Mehrfacharbeiten der Ämter. Immerhin beziehen ein Drittel der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger noch Arbeitslosenhilfe oder Arbeitslosengeld. In einem ersten Schritt sollte deshalb das Recht der Sozialhilfe für Arbeitslose und das Arbeitslosenhilferecht einander angeglichen werden.

In einem zweiten Schritt sollten auch organisatorische Konsequenzen gezogen werden:

Die Fürsorgeleistungen für Arbeitslose sollten in eine Hand. Selbstverständlich sollte dabei der Grundsatz gelten, daß der Aufgabe auch das Geld folgt.

● Bündnis für Langzeitarbeitslose

Wenn einfache Dienstleistungen in Deutschland wieder stärker nachgefragt werden sollen, wenn verhindert werden soll, daß weitere Arbeitsplätze ins Ausland abwandern, dann muß die Lohnstruktur wieder stärker gespreizt werden.

Durch die stärkere Lohnspreizung könnte besonders der in Deutschland stark unterentwickelte Bereich einfacher Dienstleistungen erschlossen werden – z. B. Hilfen aller Art in Privathaushalten, Versorgung von Haushalten mit dem täglichen Bedarf, Familien- und Pflegehilfen, Unterstützung für ältere Menschen, Hilfen an Tankstellen und in Supermärkten, Begleitpersonen im ÖPNV, Pförtner, Kleinhandwerk und vieles andere mehr.

Wir wollen in Deutschland keine „working poor“. Auch in einer globalen Wett-

bewerbssituation werden die lohnbezogenen Einkommen in Deutschland nicht auf ein Niveau sinken können, das mit unserem Kulturniveau und dem Lebensstandard der Menschen vollkommen unvereinbar wäre. Ergänzende Sozialhilfe neben einem niedrigen Arbeitseinkommen ist bei Bedürftigkeit bereits derzeit möglich. Allerdings wollen wir die Anreize zur Aufnahme von Arbeit im Sozialtransfersystem verstärken. Wir müssen darüber nachdenken, wie es gelingen kann, Niedriglöhne bei Bedürftigkeit auf ein akzeptables Mindesteinkommen anzuheben. Die Tarifpartner sind aufgerufen, hier neue Wege zu entdecken. Wir werden als Gesetzgeber ein solches Bündnis – Arbeit für alle – aktiv fördern und mitgestalten.

In einem ersten Schritt wollen wir dafür sorgen, daß Sozialhilfeempfänger, die arbeiten, deutlich besser gestellt werden als die, die nicht arbeiten.

Sozialversicherungswahlen 1999

Bundewahlbeauftragter gibt Termine bekannt

Der Bundeswahlbeauftragte für die Sozialversicherungswahlen, Otto Zink, hat zur Vorbereitung der Neunten Allgemeinen Sozialversicherungswahlen die Wahltage bekanntgegeben.

Danach finden die Wahlen der Vertreterversammlungen in der Unfallversicherung, der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten und die der Verwaltungsräte bei den Orts-, Betriebs-, Innungskrankenkassen und den Ersatzkassen sowie die Wahl der Versichertenältesten in der Knappschaftsversicherung am Mittwoch, den **26. Mai 1999** statt. Für die Wahl der Vertreterversammlung der Bundesknappschaft wurde als Wahlag Mitt-

woch, der **22. September 1999**, festgelegt.

Gleichzeitig wies der Bundeswahlbeauftragte auf die zu beachtenden Antragsfristen hin: für die vorgezogene Feststellung der Vorschlagsberechtigung einer Arbeitnehmervereinigung ist der **Antrag bis zum 2. März 1998** beim Wahlausschuß des Versicherungsträgers zu stellen. Für die Feststellung der allgemeinen Vorschlagsberechtigung muß der **Antrag bis zum 2. Januar 1998** bei dem Bundeswahlbeauftragten für die Sozialversicherungswahlen beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Postfach 14 02 80, 53107 Bonn, eingereicht werden.

Reformkurs der Koalition bestätigt

Zum neuen Jahresgutachten 1997/98 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. November erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Im diesjährigen Gutachten des Sachverständigenrats wird die Notwendigkeit grundlegender struktureller Reformen, wie sie die Koalition eingeleitet und beschlossen hat, nachhaltig hervorgehoben. Die optimistischen Wachstumsprognosen der Bundesregierung von rund 2 1/2 % in diesem Jahr und 3 % im nächsten Jahr werden bestätigt. Die kräftige Auslandsnachfrage zeige sich in einem Zuwachs der Ausfuhr, der mit 10 1/2 % im Jahre 1997 und 9 1/4 % im Jahre 1998 die Expansion des Welthandels noch übertreffe. Die inländische Nachfrage wird sich allerdings – abgesehen von den Ausrüstungsinvestitionen – nur maßvoll erhöhen. Im Hinblick auf das Maastricht-Defizitkriterium wird eine konsequente Konsolidierungspolitik für erforderlich gehalten. Die Koalition hat in dieser Woche entsprechende Schritte hierzu beschlossen. Deutschland wird die Maastrichtkriterien dadurch erfüllen.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt hingegen auch aus Sicht des Sachverständigenrates angespannt. Während die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute vor wenigen Tagen noch einen Zuwachs der Erwerbstätigenzahlen zumindest im Westen Deutschlands von durchschnittlich rund 100.000 in 1998 gegenüber 1997 prognostiziert hatten, geht das Sachverständigenratsgutachten auch in Westdeutschland von einer Verminderung der Erwerbstätigenzahlen um 31.000 aus. In Ostdeutschland ist eine Verminderung der Erwerbstätigenzahlen um 144.000 vorhergesagt. Dies unterstreicht die Notwen-

digkeit struktureller Reformen auf dem Arbeitsmarkt und der Fortsetzung einer restriktiven, verantwortungsvollen Lohn- und Tarifpolitik.

Eine grundlegende Steuerreform im Sinne der Koalitionsvorschlüge wird nachhaltig unterstützt. Dabei wird insbesondere auch darauf verwiesen, daß das Ziel nicht eine Steigerung der Massenkaukraft sein solle, sondern daß eine strukturelle Verbesserung des deutschen Steuersystems erforderlich sei. Die Vorschläge der Koalition

Mit Positionen, wie die Grünen sie vertreten, darf eine Partei in Deutschland nicht an die Regierung kommen.

für eine spürbare Senkung der Spitzensteuersätze und eine Verbreiterung der Bemessensgrundlage werden damit nachhaltig unterstützt.

Die kommende Bundestagswahl wird maßgebend von wirtschaftspolitischen Themen beeinflusst werden. Hier hat die Koalition eindeutig die größere Kompetenz. Die Sozialdemokraten in Deutschland verhaften in veralteten wirtschaftspolitischen Vorstellungen. Sie glauben weiterhin an eine Politik der Nachfragestärkung und der Regulierung. Die Wirtschaftspolitiker der Koalition werden die Unterschiede der Positionen der Parteien in den kommenden Monaten in der Öffentlichkeit deutlich machen. Die SPD hat die Zeichen der Globalisierung nicht erkannt. Sie steht auch den sozialdemokratischen Regierungen in benachbarten Ländern in ihrer Reformbereitschaft erheblich nach. Besonders nachteilig für den Wirtschaftsstandort Deutschland wäre eine Re-

gierungsbeteiligung von Bündnis 90/Die Grünen. Die Fundis haben in dieser Partei ein erhebliches Machtpotential. Ich erinnere an die Vorschläge aus dem Programmwurf von Bündnis 90/Die Grünen vom 13. Oktober 1997, in denen z. B. der Abschied aus der Gentechnologie, die Ausweitung von Mitbestimmungsrechten, weitere Auflagen bei Genehmigungsverfahren, Arbeitszeitverkürzungen in großen Schritten, die Wedereinführung der Vermögensteuer sowie eine Umsatzsteuer auf Devisengeschäfte gefordert werden. Dies alles hätte eine massive Kapitalflucht und wesentlich geringere Investitionen in Deutschland zur Folge. Mit solchen Positionen darf eine Partei in Deutschland nicht an die Regierung kommen. Die Reformen der Koalition müssen vielmehr weiter vorangebracht werden, um Wachstum und Beschäftigung in den kommenden Jahren abzusichern und zu stärken. Ich bin zuversichtlich, daß wir uns mit diesem Kurs durchsetzen und die kommende Bundestagswahl gewinnen werden. Das Gutachten des Sachverständigenrates zeigt, daß unser Kurs der richtige ist.

Wir sind mit unserer Politik auf dem richtigen Weg

Zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Replik:

Das Gutachten unterstreicht die weiterhin notwendige Verbesserung der Angebotsbedingungen, wie wir sie mit unserer Politik verfolgen. Damit wird der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik Lafontaines eine klare Absage erteilt.

Die Bundesregierung ist mit ihrem Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung auf dem richtigen Weg. Die Sachverständigen bestätigen, daß die Verbesse-

rung der Angebotsbedingungen an vielen einzelnen Punkten ansetzen muß. Die Abschaffung der substanzverzehrenden Gewerbesteuer- und der Vermögensteuer, die Förderung des Finanzplatzes Deutschland oder die Liberalisierung in der Telekommunikation durch die Koalition sind erfolgreiche Schritte auf diesem Weg.

Einmal mehr wird deutlich: Mit dem Scheitern der Steuerreform wurde die Chance zu einer tiefgreifenden Strukturreform vertan. Durch die Blockade der SPD wurde so eine nachhaltige Senkung der Steuerlast verhindert. Dies ist jedoch Voraussetzung für mehr Investitionen und damit neue Arbeitsplätze.

Weiter moderate Lohnpolitik

Der Sachverständigenrat mahnt, die moderate Lohnpolitik der Tarifvertragsparteien auch in Zukunft fortzusetzen, um eine Wende am Arbeitsmarkt zu erzielen. Das Argument Lafontaines, durch Lohnzurückhaltung würde die Massenkauflaufkraft geschwächt und dadurch ein geringeres Beschäftigungsvolumen erreicht, „verkennt ökonomische Zusammenhänge“. Die Tarifvertragsparteien müssen ihren Beitrag zu einer Verbesserung der Angebotsbedingungen leisten und den eingeschlagenen Kurs der Koalition, durch Regulierung zu einer verbesserten Flexibilität zu gelangen, wirkungsvoll unterstützen. Eine Flexibilisierung der Arbeitsmärkte ist angesichts eines schneller werdenden Strukturwandels notwendig. Dazu bedarf es aber keiner EU-weit vorgegebenen quantitativen Ziele, wie sie die Europäische Kommission vorschlägt. Auch hier unterstützt der Sachverständigenrat unsere Haltung zu einer europäischen Beschäftigungspolitik, die den nationalen, regionalen sowie betrieblichen Verhältnissen Rechnung trägt und daher in der nationalen Verantwortung der einzelnen Mitgliedsstaaten liegen muß.

Konjunkturelle Belastungen und strukturelle Defizite im Bundeshaushalt aufgefangen

Zur bevorstehenden Verabschiedung des Bundeshaushalts 1998 und des Nachtrags für das Haushaltsjahr 1997 erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Roth (Gießen):

Die Koalition hat im Nachtrag 1997 und im Haushalt 1998 sowohl die Mehrausgaben für Arbeitsmarkt und Rentenzuschüsse als auch die Steuermindereinnahmen von insgesamt rd. 21 Mrd DM bewältigt – ohne Steuererhöhungen, ohne Einschnitte in die Leistungen für die Bürger und ohne zusätzliche Schulden. Damit haben CDU/CSU und F.D.P. den sich verstärkenden wirtschaftlichen Aufschwung unterstützt und gleichzeitig die Bedingungen für die Teilnahme Deutschlands an der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion geschaffen.

Die Opposition hat wiederum jeden substantiellen Beitrag zur Ausgaben- und Defizitbegrenzung verweigert. Mit ihrer anhaltenden steuerpolitischen Blockadestrategie und der Forderung nach schuldenfinanzierten Beschäftigungsprogrammen treibt sie rücksichtslos die Fehlentwicklung bei den Staatsfinanzen auf die Spitze. Zugleich verhindert sie vorsätzlich die unaufschiebbaren Strukturreformen im Steuer- und Sozialbereich.

Eckwerte 1997 (Nachtrag)

Trotz der zusätzlichen Haushaltsbelastungen sinken die Gesamtausgaben des Bundes 1997 gegenüber dem Vorjahr um 2,4 v. H., nämlich um fast 11 Mrd. DM auf 444,8 Mrd. DM. Der Anteil der Bundesaus-

gaben am Bruttoinlandsprodukt sinkt auf 12,2 v. H. Die Nettokreditaufnahme im Nachtragshaushalt stellt sich nach der Beratung im Ausschuß auf 70,9 Mrd. DM und liegt damit um 330 Mio. DM niedriger als von der Regierung eingereicht. Die Überschreitung der Kreditobergrenze des Artikels 115 Grundgesetz rechtfertigt sich aus der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts auf dem Arbeitsmarkt.

Die Haushaltsoperation im Jahr 1997 ermöglicht die Einhaltung des Maastrichter Defizit-Kriteriums von 3 v. H. des Bruttoinlandsprodukts.

Eckwerte 1998

Im Rahmen der Haushaltsberatungen ist es gelungen, Belastungen von 14 Mrd. DM vollständig aufzufangen und darüber hinaus die Nettokreditaufnahme um 1,4 Mrd. DM auf 56,4 Mrd. DM abzusenken. Damit wird die Grenze des Artikels 115 Grundgesetz deutlich unterschritten.

Die Gesamtausgaben 1998 liegen mit 456,8 Mrd. DM auf dem Niveau von 1996. Die konsequente Konsolidierungspolitik führt dazu, daß der Bund mit einem Ausgabenanteil am Bruttoinlandsprodukt von unter 12 v. H. 1998 seinen Beitrag zu der notwendigen Senkung der Staatsquote leistet. Dies ist der niedrigste Wert seit den 50er Jahren.

Trotz der Obstruktionspolitik der Opposition in Bundestag und Bundesrat setzt die Koalition ihre Konsolidierungslinie gesamtwirtschaftlich durch.

Mehrausgaben im Sozialbereich

Ungeachtet eines realen Wirtschaftswachstums von 3 v. H. wird es auch 1998 noch nicht zu einem spürbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit kommen. Dementsprechend steigen die Arbeitsmarktausgaben des Bundes 1998 auf 45,6 Mrd. DM, nach 41,6 Mrd. DM im laufenden Jahr. Die Aufwendungen für die Rentenversicherung werden 1998 die Rekordmarke von rd. 90,4 Mrd. DM erreichen.

Seit 1991 haben sie sich nahezu verdoppelt (1991: 52,4 Mrd. DM). Der Bund gibt damit bereits jetzt jede fünfte Mark des Staatshaushalts zur Finanzierung sogenannter „versicherungsfremder“ Leistungen aus. Er hat diese Ausgaben seit 1996 ohne „Steuerkompensation“ um 10 Mrd. DM erhöht. Die Explosion der Sozialausgaben seit 1992 – allein die Arbeitslosenhilfe hat sich seit 1991 von rd. 7 Mrd. DM auf über 28 Mrd. DM vervierfacht – zeigt, wie substanzlos und unhaltbar die Vorwürfe der rot-grünen Opposition gegenüber der Sozialpolitik der Bundesregierung sind.

Tatsächlich führt die weit überproportionale Ausweitung der Sozialausgaben dazu, daß praktisch alle anderen Ausgaben des Bundes nicht im wünschenswerten Ausmaß finanziell berücksichtigt werden können.

Begrenzung der Ausgaben

Insbesondere die anhaltend hohen Steuerausfälle machen es zwingend erforderlich, die im Erblastentilgungsfonds vorgesehenen Tilgungen zeitlich zu strecken und vorübergehend auf jährlich durchschnittlich rd. 1,3 v. H. zu begrenzen. Gesamtrichterhaft und mit Blick auf das Maasrichter Defizit-Kriterium ist diese Maßnahme neutral. Sie ist zeitlich begrenzt und berührt nicht das Ziel, die im Erblastentilgungsfonds zusammengefaßten Schulden der ehemaligen DDR innerhalb einer Generation zu tilgen.

Die für 1997 vorgesehene Streckung von 6 Mrd. DM ist verantwortlich. Eine Gesamtbetrachtung der Tilgungen im ELF – nach Streckung 1997 und 1998 – ergibt, daß von 1995 bis 1998 insgesamt knapp 18 Mrd. DM der Erblastenschulden aus Bundeszuschüssen getilgt werden. Dies entspricht einem jährlichen Tilgungsvolumen von 1,3 v. H. der Bruttoanfangsschuld. Hinzu kommen aus den Gewinnen der Deutschen Bundesbank Sondertilgungen, die sich in den Jahren 1995 – 1997 auf nochmals 8,3 Mrd. DM belaufen.

Sparen beim Staatsverbrauch

Der Haushalt 1998 basiert erstmals auf dem Haushaltsrecht-Fortentwicklungsgesetz, dessen Flexibilisierungselemente bereits 1998 zu einer „Einsparrendite“ von rd. 450 Mio. DM führen. Wie schon in den vergangenen Jahren wird der Personalbestand des Bundes auch 1998 weiter (um 1,5 v. H.) abgebaut. Bis zur Jahrtausendwende wird der Personalstand des Jahres 1989 von 300.000 wieder erreicht sein; nach der Wiedervereinigung war er vorübergehend auf über 380.000 angestiegen.

Ein striktes Kostenregime, Ausgabenflexibilisierung und Reduzierung beim Verwaltungsaufwand, die Einhaltung des Ausgabenmatoriums und die Ausschöpfung der Verwaltungseinnahmen ermöglichen die Unterschreitung der im Regierungsentwurf vorgesehenen Nettokreditaufnahme von 57,8 Mrd. DM um 1,4 Mrd. DM.

Einmal mehr hat sich damit die Koalition auch unter schwierigsten Herausforderungen als verantwortungsbewußt und handlungsfähig erwiesen. Die von der Opposition seit Wochen betriebene Verunsicherungskampagne war schon deshalb zum Scheitern verurteilt, weil ihr jeder Ansatz einer inhaltlichen Alternative fehlte; im Haushaltsausschuß haben sich ihre Vorwürfe als haltlos erwiesen.

Sonderregelung bei ABM-Lohnkosten in den neuen Ländern um zwei Jahre verlängern

Zum fraktionsübergreifenden Votum des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung, die Sonderregelung bei ABM-Lohnkosten in den neuen Ländern um zwei Jahre zu verlängern, erklärten der Sprecher der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten, der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Krüger, und der Berichterstatter für diesen Bereich, Wolfgang Engelmann:

Die Sonderregelungen bei ABM-Lohnkosten in den neuen Ländern werden um zwei Jahre verlängert. Ein entsprechendes Gesetz kann jetzt zügig im Bundestag verabschiedet werden. Ohne Verlängerung wäre die auf Initiative der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten durchgesetzten Sonderregelungen Ende 1998 aus-

gelaufen. Für eine bedarfsgerechte Umsetzung von ABM ist sie aber unverzichtbar und entlastet weiterhin vor allem die Kommunen in den neuen Bundesländern.

Vor der Sonderregelung sah das Gesetz vor, den Lohnkostenzuschuß an ABS-Gesellschaften für ABM-Kräfte von 100 Prozent im Regelfall auf 90 Prozent zu begrenzen. Für viele ABS-Gesellschaften hätte die daraus resultierende Verpflichtung, Eigenmittel in Höhe von 10 Prozent zu erbringen, zu erheblichen Schwierigkeiten geführt. Hier wird den Gesellschaften nun zwei weitere Jahre die Möglichkeit eingeräumt, die 10prozentige Reduzierung der Lohnkostenzuschüsse durch eine Reduzierung der regulären Arbeitszeit der ABM-Kräfte um 10 Prozent zu kompensieren.

Die Junge Union Deutschlands sucht ab 1. Februar 1998 für die Bundesgeschäftsstelle in Bonn/Berlin eine(n)

Pressesprecher(in)

Aufgaben:

- Textentwurf für Presseerklärungen, Kontaktpflege zu Pressevertretern,
- organisatorische Vorbereitung und Durchführung von Pressekonferenzen
- Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit
- redaktionelle und organisatorische Mitarbeit bei der Verbandszeitschrift „Die Entscheidung“

Anforderungen:

- journalistische Erfahrungen/nach Möglichkeit abgeschlossenes Volontariat
- oder Hochschulabschluß
- Mitgliedschaft in der Jungen Union Deutschlands

Vergütung:

Die Position wird in Anlehnung an BAT III vergütet.

Schriftliche Bewerbungen einschließlich aller üblichen Unterlagen sind bis zum 15. Dezember 1997 an die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union Deutschlands, z. Hd. Frau Bundesgeschäftsführerin Susanne Verweyen-Emmrich, Annaberger Straße 283, 53175 Bonn, zu richten.

Bundesversammlung der Grünen: Viel Show, aber keine Substanz

„Grün ist der Wechsel“ lautete das Motto des Parteitages. Dieser Wechsel ist ein ungedeckter Scheck. Die Beschlüsse des Parteitags fügen sich nahtlos ein in das Horrorszenario, wie es Bündnis 90/Die Grünen in ihrem Entwurf für das Wahlprogramm zur Bundestagswahl in grellsten Farben ausgemalt haben:

- **Benzinpreis 5 DM**
- **Abschaffung der NATO**
- **Deutschland als Einwanderungsland.**

Machtstreben als politisches Glaubensbekenntnis

Mögen Jürgen Trittin und Joschka Fischer augenscheinlich zu einem Burgfrieden gefunden haben – so wie Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder in der SPD –, so ändert das – ebenfalls wie in der SPD – nichts daran, daß die politischen Gegensätze innerhalb der Partei nur mühsam übertüncht werden. Die Alt-68er unter den Grünen sehen – wie die Enkelgeneration in der SPD –, daß die Bundestagswahl 1998 ihre letzte Chance ist, nach der Macht zu greifen.

Das Flügelschlagen der einstigen grünen Friedenstauben, die innerparteilich längst zu Habichten mutiert sind, wurde auf der Bundesversammlung aus taktischen Gründen unterbunden. Produziert wurden programmatische Sprechblasen, die nur ein Ziel haben: die faktische Regierungsunfähigkeit der Grünen zu verschleiern. Was die Partei in Kassel beschlossen hat, ist nicht geeignet, Deutschland in das 21. Jahrhundert zu führen. Dazu einige Beispiele:

Forderungen aus der grünen Gruft

Joschka Fischer sagte nein zur Atomkraft, aber ja zur Energieverteilung. Auch Fischer begeistert sich nun für einen Benzinpreis von fünf DM.

Polemik statt Fakten

Gemeinsam mit Trittin beschimpfte Fischer die deutsche Asylpolitik. Die Verteufelung der deutschen Asylpolitik setzt Polemik an die Stelle von Fakten. 350.000 Flüchtlinge von 605.000 aus dem ehemaligen Jugoslawien nahm Deutschland 1995 auf – mehr als alle anderen EU-Länder zusammen.

Der grüne Beitrag zur Wertediskussion

Gunda Röstel schaffte es, eine Wertediskussion zu führen, in der sie sich für Fleiß, Pünktlichkeit, Disziplin und Verlässlichkeit aussprach, um im gleichen Atemzug festzustellen, daß man damit auch „nach Stalingrad und zurück marschiert und an der Mauer Flüchtlinge erschießt“. In ihrer Parteitagsrede fügte sie an: „Wir [. . .] wissen [. . .], daß es Lebenslagen ebenso geben kann wie politische Konstellationen, in denen nur eines zählt: faul sein, unpünktlich, disziplinos.“

Bildung als Experimentierfeld

Hätte es angesichts des Unterrichtsausfalls im rot-grün regierten Hessen oder der Bestrebungen im ebenfalls rot-grünen Nordrhein-Westfalen, die Schulen notenfrei zu machen, noch eines Beweises bedurft, daß Grüne unsere Schulen als Experimentierfeld ansehen – die Bundesversammlung

der Grünen lieferte ihn: Gunda Röstel forderte „mehr Freiheit zum pädagogischen Experiment“.

EURO – Ja, aber . . .

Die Grünen sagen nicht, daß sie den EURO wollen. Sie sagen im Titel ihres Beschlusses nur: „Den EURO nicht verschieben“, um dann gleich nachzusetzen „aber korrigieren“. Die Grünen diskutieren in ihrem EURO-Beschluß nicht die Bedeutung des EURO für Deutschland und Europa, wohl aber eventuelle Gefahren aus Sicht der Grünen: Der EURO dürfe „nicht zur außenpolitischen Waffe einer ‚Festung Europa‘ werden, wie dies Exportweltmeister Deutschland mit der DM betrieben hat“.

Nicht der EURO, sondern eine „europäische Beschäftigungspolitik“ und „sozialökologische Ausgestaltung Europas“ stehen im Mittelpunkt. Und was davon zu erwarten ist, sagen die Grünen an einer Stelle dann auch: „Die begrenzte Bereitstellung zusätzlicher Mittel für beschäftigungsrelevante, gemeinschaftliche Investitions- und Umbauprogramme“ oder – auf den Punkt gebracht – von Brüssel zentral gelenkte und finanzierte Arbeitsbeschaffung. Damit versuchen die Grünen, ihre gescheiterten Vorstellungen von staatlicher Beschäftigungspolitik in Europa wieder aufzuwärmen.

Kein Verhältnis zur inneren und äußeren Sicherheit

Wenn im Amsterdamer Vertrag die dringend erforderliche Stärkung der inneren Sicherheit vorangetrieben und der Kampf gegen die organisierte Kriminalität durch Polizeikooperation verstärkt wird, kritisieren die Grünen dies als „Festung Europa“, die als „Modell für die künftige Innen- und die Justizpolitik ausgegeben“ werden solle. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wird „in Richtung auf eine Militärmacht Europäische Union“ interpretiert.

Eine Klärung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Position, wie sie angesichts der Zerstrittenheit über Bundeswehr und NATO erwartet werden durfte, hat nicht stattgefunden. Im Gegenteil: Joschka Fischer verlangte von seiner Partei kein Bekenntnis zu NATO und Bundeswehr. Unterdessen erfreuten sich die Delegierten an Transparenten wie „Für eine Bundesrepublik ohne Armee“ oder „Kein EURO für den Fighter“. Um Letzteres zu unterstreichen, wurde auch gleich eine Resolution gegen den Eurofighter verabschiedet. Es bleibt dabei: Grüne haben kein Verhältnis zu innerer und äußerer Sicherheit.

Beschäftigungspolitisches Desaster – keine Perspektive für neue Arbeitsplätze

Die Grünen verabschiedeten sich vom Gedanken der Vollbeschäftigung. Existenzsichernde Teilhabe an der Erwerbsarbeit durch bloße Umverteilung ist die neue Zauberformel der Grünen. Der gesamte Parteitagbeschuß enthält keine einzige Idee zur Schaffung neuer Arbeitsplätze!

Die Umverteilung der Arbeit soll erreicht werden durch die Diskriminierung der Vollzeitarbeitsplätze. Wenn es nach den Grünen geht, werden die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber für diese Arbeitsplätze weiter steigen. Dafür werden die Sozialversicherungsbeiträge für die Arbeitgeber gesenkt, die auf Teilzeit umstellen. Gleichzeitig fordern die Grünen für diese Art der „Arbeitszeitverkürzung“ einen Lohnausgleich für die unteren und mittleren Lohngruppen. Die Realisierung dieses Vorschlags wäre ein beschäftigungspolitisches Desaster erster Güte.

Die Rotation soll Einzug halten in die Arbeitswelt. Erstaunlich für eine Partei, die in ihrer Bundestagsfraktion das Rotationsprinzip abgeschafft hat. So soll z. B. ein Betrieb, der seine Mitarbeiter in Fort- und

Weiterbildung schickt, zwischenzeitlich für diese auf Schulung befindlichen Mitarbeiter Arbeitslose einstellen. Die Frage, inwieweit es unter Umständen gar keine qualifizierten Arbeitskräfte für die Jobs gibt, für die eine Weiter- und Fortbildung der betrieblich angestellten Mitarbeiter notwendig wurde, diese Frage stellen sich die Grünen vorsichtshalber gar nicht. Rein in den Erwerb, raus aus dem Erwerb – so locker gehen die Grünen mit der Hauptsorge von Menschen in Deutschland um.

Mit Schwung in die soziale Hängematte – die grüne Grundsicherung

Mit der beschlossenen Grundsicherung fassen die Grünen Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe und die Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz zusammen. Altleistende erhalten 800 DM pro Monat und eine Wohnungspauschale. Für jedes weitere Mitglied im Haushalt werden 560 DM gezahlt. Behinderte erhalten einen Zuschlag von 10 Prozent. Anspruchsberechtigt sind alle Personen, die über kein ausreichendes Einkommen oder Vermögen verfügen und ihren Wohnsitz oder rechtmäßigen Aufenthaltsort in Deutschland haben.

Mit dieser Grundsicherung verabschiedeten sich die Grünen vom Leistungsprinzip und von der Eigenverantwortung. Damit sorgen sie für eine Überfrachtung des Sozialstaates. Sie führen eine staatliche Leistung ein, für die keinerlei Gegenleistung des Empfängers mehr erforderlich ist. Staatliche Leistung ohne Verpflichtung zur individuellen Gegenleistung wird zum Grundprinzip. Wenn z. B. die Miete die Wohnungspauschale übersteigt, werden die Kosten nicht nur vom kommunalen Wohnungsamt übernommen, bis eine preiswertere Wohnung gefunden ist – das Wohnungsamt hat diese preiswertere Wohnung sogar für den Leistungsempfänger zu suchen!

Im Heranziehen von Sozialhilfeempfängern zu gemeinnütziger Arbeit sehen die Grünen eine „Diskriminierung“ durch „Zwangsarbeiten, Leistungskürzungen und Zumutbarkeitsregelungen“. Mit der Grundsicherung werde die Hilfe zur Arbeit nach dem Bundessozialhilfegesetz „von ihren Zwangsdienstelementen befreit“.

Wen wundert es da noch, daß zu den Rahmenregelungen der Grundsicherung u. a. auch der Wegfall des Lohnabstandsgebots, eine Begrenzung von Mieterhöhungen im freifinanzierten Wohnungsmarkt (!) auf maximal 5% pro Jahr und die Erstellung eines jährlichen Armutsberichtes gehören. Die zusätzlich anfallenden Kosten sollen über die Erbschaftsteuer und eine wieder eingeführte Vermögensteuer – deren Abschaffung auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hin und mit dem Ziel der steuerlichen Entlastung von Personengesellschaften zur Schaffung neuer Arbeitsplätze erfolgt ist – finanziert werden.

Keine Chance für neue Technologien

Zur den Forderungen der Grünen in der Hochschulpolitik gehört die Forderung nach „wissenschaftlicher Transparenz“ und „Partizipation der Öffentlichkeit“. Bundesweite Projektträger von Forschungs- und Technologieförderprogrammen sowie Landesinitiativen zu Technologieschwerpunkten müßten „durch breitere Verbände demokratisiert werden, die die unterschiedlichen sozialen Akteure einbeziehen“. Worauf dies abzielt, sagen die Grünen auch: „Frühzeitige, problemorientierte Technikfolgenabschätzung und partizipative Technikbewertung sollen bereits in die Technikentwicklung selbst integriert werden.“ Das ist das Ende der Freiheit in Forschung und Lehre.

Im Klartext heißt dies doch nichts anderes, als daß die Grünen die Chance zur

Nicht gerade „SMART“, Herr Lafontaine!

Oskar Lafontaine blockiert nicht nur die für die Zukunft Deutschlands wichtigen Reformen, sondern verpaßt auch neue Chancen für das Land, dem er als Ministerpräsident eigentlich nutzen sollte.

Am 27. Oktober wurde das „SMART“-Werk im lothringischen Hambach eröffnet und das erste Auto des Typs rollte vom Band. Mit dem Werk entstehen in einer Region, die vom Zechensterben geplagt ist, Hunderte neuer Arbeitsplätze nur wenige Kilometer von Saarbrücken entfernt.

Auf die Frage, ob sich Oskar Lafontaine als Ministerpräsident des Saarlandes um die Ansiedlung des SMART bemüht hätte, antwortete der Schweizer SMART-Mitbegründer Nicolas Hayek: „Er hat sich schon bemüht,

aber nicht so wahnsinnig wie einige seiner Kollegen.“ (ZDF, 27. 10. 1997)

Und Hubert Roth, der Bürgermeister des französischen Hambach, erklärte, wie es gemacht wurde: „Wir haben eine Agressivität gezeigt, wir haben gezeigt, daß wir diese Sache hier wollen.“ (ZDF, 27. 10. 1997)

Oskar Lafontaine zeigte diese Entschlossenheit nicht – das machte den Unterschied aus. Das Saarland mit der höchsten Arbeitslosenquote unter den westdeutschen Flächenländern hätte diese Arbeitsplätze auch gebrauchen können. Doch wer, wie Oskar Lafontaine, ständig nur Blockade im Kopf hat, ist irgendwann selbst zu blockiert, um Chancen für das Saarland zu erkennen, das er eigentlich verantwortlich regieren sollte.

Blockade moderner Technologien schon bei deren Entstehen schaffen wollen. Wenn z. B. Gentechnikgegner schon während der Planung durch ihre Beteiligung als sogenannte „soziale Akteure“ wichtige Entwicklungen verhindern können, ersparen sie sich das kraftraubende Zerstören von Feldern mit gentechnisch veränderten Aussaaten oder Pflanzen durch Zertrampeln, Ausreißen der Pflanzen oder Übergießen mit Herbiziden, wie in der Vergangenheit üblich!

Fazit:

Der Parteitag der Grünen fand vom 14. bis 16. 11. 1997 in der Stadthalle von Kassel statt. Die von Bündnis 90/Die Grünen vor und während des Parteitages bezogenen Positionen werden der „Rocky Horror Picture Show“, die am 2. Dezember 1997 an

demselben Ort gastiert, alles abverlangen, um ein ähnliches Horrorszenario auf die Bühne zu bringen.

Die Frankfurter Allgemeine kommentierte diesen Parteitag mit: „Zum Regieren noch nicht fähig“ (FAZ, 17. 11. 1997). Schaut man nicht nur auf den „Scheinkonsens in Kassel“ (Generalanzeiger Bonn, 17. 11. 1997) und die Einschwörungsformeln Fischers zur Machtübernahme der Grünen, sondern auch auf die vom Hauch des Sozialismus durchwehten und teilweise sogar absurden Inhalte, für die Bündnis 90/Die Grünen steht, kann man das „noch“ im Urteil der Frankfurter Allgemeinen getrost durch ein „längst“ ersetzen. Für die CDU aber kann es als Resultat nur eines geben: Für die Zukunft Niedersachsens, Sachsen-Anhalts und Deutschlands um den Wahlsieg gegen Grüne, PDS und SPD kämpfen. ■

Bundesjugendministerin Claudia Nolte:

Sexueller Mißbrauch von Kindern muß konsequent bestraft werden

Jede Form körperlicher oder seelischer Mißhandlung an einem Kind ist unentschuldigbar. Für uns ist es unvorstellbar, warum, aus welchen Gründen Kindern überhaupt Gewalt angetan wird. Sexueller Mißbrauch ist dabei eine der abscheulichsten Formen von Demütigung und Menschenverachtung.

Sexuelle Gewalt an Kindern mißachtet die Rechte der Schwächsten in unserer Gesellschaft. Deshalb ist es unsere gemeinsame Pflicht, unsere Kinder auf bestmögliche Weise zu schützen, damit Straftaten wie die an Natalie oder Kim verhindert werden können.

Für mich zählt zu diesem Schutz eindeutig auch die Verschärfung des Sexualstrafrechts durch die Anhebung der Mindest- und Höchststrafen. Und ich wäre froh, wenn die Justiz in Zukunft diesen Strafrahmen auch mehr nutzt. Es ist nicht einzusehen, warum Delikte gegen das Eigentum höher bestraft werden als Delikte gegen die körperliche Unversehrtheit von Kindern.

Sexueller Kindesmißbrauch ist kein Vergehen oder gar Kavaliersdelikt, sondern eine verbrecherische Handlung, die entsprechend bestraft werden muß. Dies gilt erst recht für Täter, die sich zum wiederholten Mal an Kindern vergeifen. Diese Täter müssen die ganze Härte des Gesetzes zu spüren bekommen. Mit unserem Maßnahmenpaket geben wir der Justiz die Möglichkeit, für einen Wiederholungstäter im Einzelfall die Sicherungsverwahrung anzuordnen, wenn trotz aller Therapie-maßnahmen kein anderer Schutz der Bevölkerung möglich ist. Die vorzeitige

Entlassung solcher Wiederholungstäter muß sorgsam im Einzelfall geprüft werden.

Die jetzt zur Abstimmung anstehenden Gesetze sind Teil des Arbeitsprogramms gegen Kindesmißbrauch, Kinderpornographie und Sextourismus, das ich im Sommer dieses Jahres, rund ein Jahr nach der Stockholmer Weltkonferenz gegen die erwerbsmäßige sexuelle Ausbeutung von Kindern, für die Bundesregierung vorge-

Rede im Deutschen Bundestag am 14. November

stellt habe. Neben der Gesetzgebung enthält es Maßnahmen in den wichtigen Bereichen Aufklärung, Prävention und dem Opferschutz. Den Schutz der betroffenen Kinder bei der Zeugenvernehmung halte ich für dringend geboten. Wir müssen die Kinder und Jugendlichen vor weiteren Traumata im Gerichtssaal bewahren. Die Mißbrauchstat alleine ist schon Belastung genug. Uns muß es vor allem darum gehen, solche Verbrechen von Anfang an zu verhindern. Und deshalb dürfen wir nicht nachlassen in unseren Bemühungen um Aufklärung und Prävention.

Unser Aktionsprogramm sieht ganz konkrete Maßnahmen vor:

● **Für die Kinder** beispielsweise den Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Kinder- und Jugend-Krisen-Telefonen in den neuen Bundesländern, wie es schon in Westdeutschland existiert, und die

finanzielle Unterstützung von Hilfs- und Beratungszentren.

● **Für die Eltern** Aufklärungs- und Präventionsbroschüren – künftig auch in der Familienbildungsarbeit.

● **Für Multiplikatoren** wie Erzieher, Lehrer, medizinisches Personal und Juristen: Beispielsweise soll aufgeklärt und präventiv gearbeitet werden mit Ausbildungsbausteinen und Medienpaketen für Schulen zum Thema Gewalt gegen Mädchen wie auch mit einem Informationsfilm und einem dazugehörigen Handbuch mit dem Titel „Stopp Kindesmißbrauch“. Beides wird im Frühjahr 1998 erscheinen.

Wir geben Eltern und Multiplikatoren damit eine Vielzahl von Hilfen an die Hand, um den sexuellen Mißbrauch von Kindern zu bekämpfen. Dies entbindet uns alle aber nicht von der Pflicht, in unserem eigenen Bereich zugunsten unserer Kinder tätig zu werden. Die Eltern der Opfer, alle Eltern mit Kindern erwarten von uns zu Recht, daß wir entschlossen und einmütig handeln.

Sexueller Mißbrauch an Kindern ist Mord an Kinderseelen und muß verhindert und konsequent verfolgt und bestraft werden.

Härtere Strafen für Kindesmißbrauch

Anläßlich der am 14. November im Bundestag verabschiedeten Reform des Sexualstrafrechts erklärte die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Bärbel Sothmann:**

Die Reform des Sexualstrafrechts hat auch zum Ziel, den sexuellen Mißbrauch von Kindern wirksam zu bekämpfen.

Vorgesehen sind insbesondere Strafschärfungen, um einen besseren Schutz von Kindern vor Sexualtätern zu gewährleisten:

● Schwere Fälle des sexuellen Mißbrauchs von Kindern werden künftig als Verbrechen und nicht mehr als Vergehen eingestuft, und die Höchststrafe wird von zehn auf 15 Jahre erhöht.

● Wer durch den sexuellen Mißbrauch leichtfertig den Tod des Kindes verursacht, wird künftig mit einer Freiheitsstrafe von mindestens zehn Jahren bis zu lebenslänglich bestraft (bisher fünf bis 15 Jahre).

● Auch für alle, die ein Kind mißbrauchen, um die Tat in einer pornographischen Schrift zu veröffentlichen, oder die pornographische Schriften mit solchen Schilderungen verbreiten, werden die Strafen erheblich verschärft.

Zusätzlich erhalten Gerichte und Strafvollzugsanstalten mehr Handlungsspielraum:

● Sicherheitsverwahrung kann künftig bereits nach dem ersten Rückfall – auch unbefristet – verhängt werden.

● Auch Führungsaufsicht kann künftig unbefristet angeordnet werden.

● Auch ohne Einwilligung des Täters können Gerichte künftig anordnen, daß dieser sich einer bestimmten Therapie zu unterziehen hat.

Trotzdem werden alle diese Maßnahmen alleine wohl nicht ausreichen, um den sexuellen Mißbrauch von Kindern ganz auszuschließen, denn zu viele Erwachsene haben den Respekt vor der Würde des Kindes verloren und mißbrauchen ihre Machtposition. Sexueller Mißbrauch ist nichts anderes als Mißbrauch von Macht durch sexuelle Gewalt. Solange Erwachsene Kinder nicht in ihren Rechten respektieren, wird es keinen absoluten Schutz vor Gewalt geben.

Vorbeugung durch eine bessere Aufklärung von Kindern und Eltern sowie die Schaffung eines kinderfreundlichen Klimas in unserer Gesellschaft sind deshalb wichtige Ziele.

Zeugenschutz im Strafverfahren wird ausgebaut

Zur Verabschiedung des von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Zeugenschutzgesetzes in 2./3. Lesung des Deutschen Bundestags erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis:

Wir haben einen wichtigen Schritt zur Verbesserung des Zeugen- und Opferschutzes im Strafverfahren gemacht. Der Zeuge ist eines der wichtigsten strafprozessualen Beweismittel. Seinem Anspruch auf ein faires Verfahren und der Wahrung seiner berechtigten Interessen muß das Strafverfahrensrecht Rechnung tragen.

Nach dem Zeugenschutzgesetz ist im Ermittlungsverfahren nun die Aufzeichnung einer Zeugenvernehmung auf Video zulässig, wenn zu besorgen ist, daß der Zeuge in der Hauptverhandlung nicht vernommen werden kann und die Aufzeichnung zu Erforschung der Wahrheit unerlässlich ist. Diese Regelung ist nicht auf bestimmte Zeu­gen­gruppen beschränkt, sondern soll allen schutzbedürftigen Zeugen zugute kommen.

Für die Vernehmung in der Hauptverhandlung haben wir uns an einem in Großbritannien bewährten Modell orientiert.

Wenn die Gefahr besteht, daß das Wohl des Zeugen bei seiner Anwesenheit im Gerichtssaal schwerwiegend benachteiligt würde, kann er in einem anderen Raum vernommen werden. Der Vorsitzende des Gerichts verbleibt bei der Vernehmung im Gerichtssaal, und er ist mit dem Zeugen, der durch eine Vertrauensperson und einen anwaltlichen Beistand begleitet werden kann, über eine Videodirektschaltung verbunden. Damit haben wir uns gegen das sogenannte „Mainzer Modell“ entschieden, bei dem der Vorsitzende den Gerichtssaal zur Vernehmung des Zeugen in einem gesonderten Raum verläßt. Diese gesplattene Hauptverhandlung widerspricht dem Grundsatz der Unmittelbarkeit im Strafprozeß.

Eine wesentliche Neuregelung ist, daß Zeugen einen Zeugenbeistand auf Staatskosten erhalten können. Zeugen, die noch keinen anwaltlichen Beistand haben, ist für die Dauer der Vernehmung ein Rechtsanwalt beizuordnen, wenn ersichtlich ist, daß sie ihre Befugnisse bei der Vernehmung nicht selbst wahrnehmen können. Der Einführung eines sogenannten „Opferanwalts“ ist damit keine Absage erteilt.

Senioren-Union richtet Info-Fax ein

Es gibt in Deutschland 4,5 Mio. Faxgeräte. Die Senioren-Union hat sich daher als erste Vereinigung der CDU dazu entschlossen, einen Fax-Info-Dienst einzurichten. Der Start für den Fax-Info-Dienst erfolgte am 17. November. Unter der Fax-Abrufnummer (01 90) 22 20 90 sind aktuelle Termine wie z. B. Kongresse, Fachtagungen, Pressekonferenzen, Regionaltreffen, Ankündigun-

gen von Neuerscheinungen von Broschüren, Dokumentationen sowie politische Informationen aus erster Hand abzurufen. Und dies unabhängig von Bürozeiten rund um die Uhr und 7 Tage in der Woche. Für jeden Interessenten mit einem handelsüblichen Faxgerät ist der Info-Dienst der Senioren-Union abrufbar. Der Preis für eine Minute beträgt 1,20 DM.

Weiterentwicklung des Tierschutzes nicht bremsen

Zur abschließenden Beratung der Novellierung des Tierschutzgesetzes im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erklärte der Tierschutzbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Meinolf Michels:

Die jetzt im Gesetzentwurf enthaltenen Fortschritte für den Tierschutz lagen bereits 1994 beim Versuch einer Novellierung des Tierschutzgesetzes auf dem Tisch. Leider ist damals das Gesetzesvorhaben am Bundesrat gescheitert. Trotzdem war in der Zwischenzeit kein Stillstand beim Tierschutz. Ich verweise hier auf die Verordnungen zum Schutz der Tiere beim Transport und beim Schlachten, die weitere Verringerung der Tierversuche sowie die Richtlinie zum Schutz von Kälbern auf EU-Ebene.

Die Änderungen im jetzt vorliegenden Gesetzentwurf sind auf die Punkte reduziert, die 1994 zwischen Bundesrat und Bundestag unstrittig waren. Es ist wichtig, daß diese Vorschläge jetzt im Interesse des Tierschutzes umgesetzt werden; eine Verabschiedung des Gesetzes ist auch wegen der Umsetzung von EU-Regelungen dringend.

Im einzelnen handelt es sich bei den vorgesehenen Verbesserungen des Tierschutzes um ein EU-konformes Verbot von Tierversuchen bei der Entwicklung von Kosmetika, eine verbesserte statistische Erfassung der Tierversuche, erhöhte

Anforderungen an die Sachkunde von Tierhaltern, bei der Verwendung von Tieren in Forschung und Lehre sowie bei Eingriffen und Behandlungen von Tieren, um nur einige zu nennen.

Der Entwurf enthält auch sinnvolle Vorschläge zur Verminderung der Bürokratie bei Tierversuchen. Verwaltungsaufwand in diesem Bereich, der nichts für den Tierschutz bringt, ist überflüssig und kann sogar den Fortschritt in der medizinischen Forschung hindern.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Novellierung Punkte enthält, die Anliegen des Bundesrates selbst sind. Wichtig ist mir der Hinweis, daß mit der Novellierung auch die Tierschutztransport-Richtlinie umgesetzt wird, die eine Verordnungsermächtigung enthält, wonach das Landwirtschaftsministerium in Zukunft den gewerbsmäßigen Tiertransport sowie das Betreiben von Versorgungseinrichtungen unter Erlaubnisvorbehalt stellen kann. Dies ist ein Kernpunkt für den Tierschutz beim Tiertransport.

Deutschland nimmt bei der Tierschutzgesetzgebung eine Spitzenstellung ein. Diese gilt es zu erhalten.

Wer Verantwortung für den Tierschutz hat, muß deshalb der Novellierung des Tierschutzgesetzes zustimmen. Ich rufe den Bundesrat auf, dieser Verantwortung gerecht zu werden.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

Das neue Energiewirtschaftsrecht wahrt die Interessen der Kommunen

Die Beratung des Energiewirtschaftsgesetzes ist in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages abgeschlossen. In einer der nächsten Sitzungswochen wird die dritte Lesung erfolgen.

Der Gesetzentwurf wurde im Laufe der Beratungen durch die Aufnahme von kommunalen Forderungen ergänzt. Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf enthält die wichtigsten kommunalen Forderungen.

Es ging nicht darum, den Wettbewerb zu verhindern. Wesentliches kommunales Anliegen war es, das Gesetz im einzelnen so zu gestalten, daß die Kommunen gute Chancen haben, am Wettbewerb teilzunehmen. Auch die kommunalen Spitzenverbände haben den Wettbewerb im Energiebereich akzeptiert. So hat der Hauptausschuß des Deutschen Städtetages am 7. November 1996 u. a. beschlossen:

„Der Deutsche Städtetag lehnt den Wettbewerb im Energiebereich nicht ab, er fordert jedoch die Bundesregierung auf, den Gesetzentwurf um das in der EU-Richtlinie mögliche Wettbewerbsmodell und um Versorgungsgebiete (Alleinabnehmersystem) zu erweitern. Nur so werden Wettbewerbsbedingungen geschaffen, die im Interesse der Kommunen, der Stadtwerke, der Verbraucher/innen und der kleinen und mittleren Unternehmen liegen.“

Im einzelnen hatten die drei kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreis, Deutscher Städte- und Gemeindebund) in einem Schreiben vom 3. Juli 1996 gegen den damals vorliegenden Referentenentwurf folgende Einwände erhoben:

„Ministeriumsseitig wird ein Wettbewerbssystem favorisiert, das

- partiell das kommunale Selbstverwaltungsrecht abschafft,
- einen erheblichen Einschnitt in das Konzessionsabgabenvolumen als wesentlichen Bestandteil der kommunalen Finanzmasse in einer Größenordnung von ca. 4 Milliarden DM beinhaltet,
- die Zukunft einer eigenständigen Kommunalwirtschaft durch einen zunehmenden Konzentrationsprozeß in der Branche erheblich erschwert,

**Von Theo Blank,
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU**

- ökologische Belange unberücksichtigt läßt,
 - eine sozial unausgewogene Benachteiligung der Bürger und gewerblichen Kleinverbraucher verursacht und
 - schließlich eine besondere Benachteiligung des ländlichen Raumes verfolgt.“
- Nach knapp 1½-jährigen Verhandlungen sind alle diese Forderungen der drei kommunalen Spitzenverbände in dem vorliegenden Gesetzentwurf erfüllt:
- In einer Entschließung des Deutschen Bundestages wird die unveränderte Kompetenz der Kommunen auf dem Gebiet der Energieversorgung betont.
 - Die Konzessionsabgabe wird gesichert und steht weiterhin den Kommunen voll zur Verfügung.

Neuer Bundesvorstand von Frischluft e. V.

Ende September wählte die VII. Bundestagung des christlich-demokratischen Kinder- und Jugendverbandes Frischluft e. V. in Bonn einen neuen Bundesvorstand.

André Chahoud (Nordrhein-Westfalen), seit 1993 Bundesvorsitzender des Verbandes, wurde in seinem Amt bestätigt. Der Vorstand besteht neben ihm aus den beiden stellvertretenden Bundesvorsitzenden **Matthias Rasch** (Schleswig-Holstein) und **Carsten Kuil** (Niedersachsen). Schatzmeister bleibt **Michael Jansen** (Nordrhein-Westfalen). Beisitzer im neuen Vorstand sind **Werner Buchner** (Bayern), **Anja Lamodke** (Nordrhein-Westfalen) und **Dennis Klüver** (Mecklenburg-Vorpommern).

Für die kommende Amtsperiode hat sich der neue Bundesvorstand den weiteren Ausbau der Kreisverbände als Ziel gesetzt. „Unser Ziel ist es“,

so der Bundesvorsitzende André Chahoud am Rande des Bundesparteitages der CDU in Leipzig, „daß Frischluft überall als fester Teil der christlich-demokratischen Bewegung gesehen wird“.

Für 1998 sind neben zahlreichen Kursen zu verschiedensten Themen der Jugendpolitik auch internationale Maßnahmen geplant, etwa ein Jugendaustausch mit Mexiko, Portugal und den USA. Einen Überblick über die Fülle der Veranstaltungen bietet das Jahresprogramm 1998, das Ende Dezember vorliegen wird.

Interessenten können sich bereits jetzt an die Bundesgeschäftsstelle von Frischluft wenden: Frischluft e.V., Postfach 24 01 16, 53154 Bonn, Tel. (02 28) 31 00 23, Fax (02 28) 31 47 03.

● Das Alleinkäufermodell wird als Wettbewerbsalternative im Gesetz verankert. Es soll auf seine Wettbewerbswirkungen im Jahr 2003 überprüft werden. Erfüllt es die im Gesetz genannten Kriterien, besteht kein Zweifel an der Verlängerung des Alleinkäufermodells.

● Die Einführung des Alleinkäufermodells wird zwar an eine Genehmigung geknüpft. Die Genehmigung wird aber keine diskriminierenden unerfüllbaren Bedingungen haben.

● Der besonderen Bedeutung der Nutzung von Kraft-Wärme-Kopplung wird durch Schutzvorschriften Rechnung getragen. Damit werden ökologische Belange berücksichtigt.

● Das Gesetz begrenzt vor allem im Interesse der Bürger und gewerblichen Kleinverbraucher des ländlichen Raums Preisdifferenzierungen nach oben.

Diese Regelungen stellen sicher, daß die Kommunen ihre Kompetenz auf dem Gebiet der Energieversorgung auch im Wettbewerb wahrnehmen können. Dadurch, daß Kommunen am Wettbewerb teilnehmen, wird zugleich verhindert, daß im Energiemarkt wenige Konzerne durch eine marktbeherrschende Stellung den angestrebten Wettbewerb gefährden.

Die kommunalen Spitzenverbände und die Kommunen sind aufgefordert, die im neuen Energiewirtschaftsgesetz vorhandenen Chancen voll wahrzunehmen. ■

Mitgliederbefragung zur Wehrpflicht – ein Flop für die Populisten in der FDP

Zum Ergebnis der FDP-Mitgliederbefragung zur Wehrpflicht erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Bruer:

Die Basis der FDP hat den Populisten ihrer Partei, an ihrer Spitze Jürgen Möllemann und Jürgen Koppelin, in der Frage der Wehrpflicht eine beschämende Abfuhr erteilt. Die von einigen Landesverbänden erzwungene Mitgliederbefragung hat das notwendige Quorum bei weitem verfehlt. Wenn von ca. 70.000 Mitgliedern nur ca. 13.000 an der Befragung teilgenommen haben, zeigt dies nur allzu deutlich, daß das von Herrn Möllemann & Co. unnötigerweise als dringend hochstilisierte ‚Thema Wehrpflicht‘ im Bewußtsein der Bevölkerung überhaupt keine Rolle spielt. Es sind vielmehr ganz andere politische Themen unserer Zeit, die die Bürger interessieren: Arbeitslosigkeit, Renten, soziale Sicherung, Innere Sicherheit; die Wehrpflicht zählt jedenfalls nicht dazu!

Den Initiatoren der Mitgliederbefragung mag entgangen sein, daß die Wehrpflicht in der öffentlichen Meinung deutlich an Attraktivität und Akzeptanz gewonnen hat. Die Bürger unseres Landes wissen die Leistungen der Bundeswehr, nicht nur während des SFOR-Friedenseinsatzes in Bosnien-Herzegowina oder während der Oderflut, zu schätzen. Die Einsicht, daß der Wehrdienst einen wichtigen gesellschaftlichen Auftrag erfüllt, ist unter der jungen Bevölkerung weiter gewachsen. Die Mehrzahl der FDP-Mitglieder denkt wie die Mehrheit un-

serer Bevölkerung: für sie hat sich die Wehrpflicht als Ausdruck der persönlichen Mitverantwortung der Bürger für ein Leben in Frieden und Freiheit bewährt. Und an Bewährtem gilt es festzuhalten!

Die Parteibasis und die Verteidigungspolitiker der FDP haben mehr Fingerspitzengefühl bewiesen als die selbsternannten Verteidigungsexperten. Für die Aussetzung der Wehrpflicht und die Umstrukturierung der Bundeswehr

Unsere Wehrpflichtsarmee ist in der Lage, auch in Zukunft ihren Beitrag zum Frieden in Europa zu leisten.

in eine Freiwilligenarmee steht sie nicht zur Verfügung. Die Populisten sind mit ihrem plumpen Versuch, eine Minderheitsmeinung unter der Jugend für ihre politische Profilierung zu nutzen, auf ganzer Linie gescheitert. Sie haben die Stimmung an der Basis völlig falsch eingeschätzt und einen schweren strategischen Fehler begangen.

Ich fordere die Befürworter von Freiwilligenstreitkräften auf, endlich anzuerkennen, daß unsere Wehrpflichtsarmee Bundeswehr auch angesichts veränderter sicherheitspolitischer Rahmenbedingungen in der Lage ist, einen überzeugenden, aktiven Beitrag zum Frieden in Europa zu leisten. Die Mitgliederbefragung der FDP hat jedenfalls in keiner Weise einen repräsentativen Charakter.

Große und bleibende Verdienste

Zur Erklärung von Bundesminister Klaus Töpfer, die Nominierung für das Amt des Exekutivdirektors des UN-Umweltprogramms anzunehmen, erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl:

Bundesminister Töpfer hat sich in seiner nunmehr über zehnjährigen Amtszeit als Mitglied der Bundesregierung, zunächst von Mai 1987 bis Februar 1995 als zweiter Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und seitdem als Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau große und bleibende Verdienste um die Bundespolitik erworben.

Seit Beginn seiner Amtszeit als Bundesumweltminister hat er neben der Weiterentwicklung der nationalen Umweltpolitik den internationalen Umweltschutz besonders gefördert. Hier hat er vorbildlich Weichen für eine Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit gestellt und die internationale Umweltschutzpolitik entscheidend vorangebracht. In diesem Zusammenhang erinnere ich insbesondere an

das große Engagement von Bundesminister Töpfer bei der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio. Hierdurch hat er sich international ein hervorragendes Ansehen als Umweltpolitiker erworben, das Generalsekretär Annan jetzt dazu bewogen hat, ihn für das Amt des Exekutivdirektors des Umweltprogramms der Vereinten Nationen vorzuschlagen.

Als Bundesbauminister und Beauftragter der Bundesregierung für den Berlin-Umzug und den Bonn-Ausgleich ist es vor allem seinem Engagement, seinem Einfühlungsvermögen für die Belange der Betroffenen und dem großen Geschick im Umgang mit Menschen zu verdanken, daß die Akzeptanz des Umzugs von Parlament und Regierung nach Berlin in der Öffentlichkeit zugenommen hat. Damit hat er große Leistungen für das Zusammenwachsen unseres Vaterlandes erbracht.

Für sein zukünftiges wichtiges und verantwortungsvolles Amt wünsche ich ihm alles Gute und viel Erfolg.

Sprechblasen statt Reformen

Zum wirtschaftspolitischen 10-Punkte-Programm der SPD-Bundestagsfraktion erklärte der mittelstandspolitische Sprecher, Hansjürgen Doss:

Die SPD spricht vollmundig vom „Strukturwandel durch Innovation“, macht sich aber nicht einmal die Mühe, eigene Ideen zu produzieren.

Innovation bedeutet etwas Neues – das heute vorgestellte SPD-„Programm“ ist aber nur ein Sammelsurium von Altbekanntem. In weiten Teilen ist das Programm sogar bei Union und Bun-

desregierung „abgekupfert“: Senkung der Lohnnebenkosten, Stärkung des Mittelstandes, Förderung von Existenzgründungen, umweltgerechte Verkehrspolitik, Arbeitsanreiz für Sozialhilfeempfänger, Modernisierung der beruflichen Bildung: Die SPD hat vieles kopiert, aber nichts kapiert.

Mit diesem sogenannten „Innovationsprogramm“, das keine Neuigkeiten enthält, wollen die Sozialdemokraten nur davon ablenken, daß sie sich bei den entscheidenden großen Reformvorhaben verweigern.

Bindung an die Wohnortzuweisung nur für eine Übergangszeit

Das Wohnortzuweisungsgesetz ist zuletzt am 1. März 1996 geändert worden, nachdem sich nicht alle Spätaussiedler, die in die neuen Länder gehen sollten, an die Verteilentscheidungen des Bundesverwaltungsamtes hielten und in den alten Ländern immer mehr Ballungsräume entstanden. Diese Änderung hat sich bewährt: Sie gewährleistet zur Zeit die schlüsseligere Verteilung der Spätaussiedler im Bundesgebiet.

Vor dem Hintergrund des Auslaufens der zweijährigen Bindungsfrist ab 1. März 1998 haben mehrere Kreise aus Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz die Sorge, daß danach ein erneuter Zuzug von Spätaussiedlern in die Hauptzuzugsgebiete stattfindet und dadurch die Debatte über den Aussiedlerzuzug erneut in die Öffentlichkeit getragen wird. Sie fordern deshalb eine Verlängerung der Bindungsfrist. Dieser Forderung haben sich mehrere alte Länder angeschlossen.

In den neuen Ländern wird zudem erwartet, daß ein nicht geringer Teil der Spätaussiedler nach Ablauf der 2-Jahres-Frist in die alten Länder zieht. Inzwischen haben die neuen Länder intensive Integrationsbemühungen aufgenommen. Diese Initiativen benötigen noch weitere Stabilisierung. Ein dauerhafter Erfolg wäre in Frage gestellt, wenn wieder ein umfangreicher Wegzug von Spätaussiedlern aus den neuen Ländern beginnen würde.

Diese Überlegungen sind sehr ernst zu nehmen. Es darf keine Situation eintreten, die die weitere Akzeptanz von Spätaussiedlern beeinträchtigt. Das Wohnortzuweisungsgesetz hat sich bisher bewährt und sollte daher jetzt und bis zum Auslau-

fen am 15. Juli 2000 seine Wirksamkeit effektiv entfalten können. Danach kann davon ausgegangen werden, daß bei sinkenden Aussiedlerzahlen und stabilen Verteilungsverhältnissen eine geordnete und sachgerechte Integration auch ohne gesetzliche Wohnortfestlegung erreicht wird.

Der Deutsche Bundestag hat daher in seiner Sitzung vom 13. November den von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Entwurf eines 3. Änderungsgesetzes zum Wohnortzuweisungsgesetz abschließend beraten. Danach soll die Geltungsdauer des Gesetzes als einzige Frist mit der Fol-

Informationsbrief des Bauftragten der Bundes- regierung für Aussiedlerfragen, Horst Waffenschmidt, zur Änderung des Wohnortzuweisungsgesetzes

ge bestehen bleiben, daß für die Aussiedler, die nach dem 1. März 1996 nach Deutschland gekommen sind, die Wohnortzuweisung und der Leistungsausschluß bis zum 15. Juli 2000 gelten.

Dies bedeutet, daß gegenwärtige Bindungsfristen zwar im Interesse der Integration verlängert werden. Für Personen, die nach dem 15. Juli 1998 aufgenommen werden, verringert sich jedoch der Zeitraum der faktischen Bindung an die Wohnortzuweisung gegenüber der jetzigen Fassung des Gesetzes kontinuierlich. Denn mit dem Auslaufen des Gesetzes Mitte Juli 2000 verlieren auch die Wohnortzuweisung und der Leistungsausschluß ihre Wirksamkeit.

PDS erneut in die Schranken gewiesen

Zu Recht hat das Bundesverfassungsgericht die Versuche der PDS zurückgewiesen, sich den ihr nicht zustehenden Fraktionsstatus zu erschleichen.

Nachdrücklich hat das Bundesverfassungsgericht bestätigt, daß die Gewährleistung der Funktionsfähigkeit des Parlaments eine Differenzierung zwischen Fraktionen und kleineren Gruppierungen in vollem Umfang rechtfertigt. Zu Recht hat der Bundestag daher an der seit langem bestehenden Regelung festgehalten, wonach für die Bildung einer Fraktion mindestens 5 Prozent der Mitglieder des Deutschen Bundestages erforderlich sind. Diese Mitgliederstärke erreicht die PDS bei weitem nicht. Der Bundestag hat den Gruppenstatus der PDS bereits unter Berücksichtigung der

Funktionsfähigkeit des Bundestages und des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts aus der letzten Wahlperiode ausgestaltet. Dieser Rechtsstatus ist in vollem Umfang vom Bundesverfassungsgericht bestätigt worden. Damit ist der Versuch der PDS gescheitert, die demokratischen Entscheidungen des Deutschen Bundestages zu diskreditieren.

Andreas Schmidt (Mülheim), Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die demokratischen Parteien haben es nicht nötig, die PDS durch Verfahrenstricksereien im Bundestag zu behindern, wie die PDS glauben machen will. Die Union wird sich auch in Zukunft mit der SED-Nachfolgepartei entschieden politisch auseinandersetzen.

Außerdem hält der Gesetzentwurf am Außerkrafttreten des Wohnortzuweisungsgesetzes zum 15. Juli 2000 fest. Das Wohnortzuweisungsgesetz kann auslaufen, weil die Antrags- und Zuzugszahlen seit 1996 spürbar zurückgegangen sind und die Bundesregierung sich verstärkt um eine verbesserte Integration, insbesondere um die Verbesserung der Sprachkenntnisse vor der Einreise, bemüht. Damit wird den Spätaussiedlern signalisiert, daß ihre Bindung an die Wohnortzuweisung nur für eine Übergangszeit besteht.

Die vom Deutschen Bundestag beschlossene Änderung trägt dem Erfordernis einer sozialverträglichen Integration Rechnung, weil eine mögliche Abwanderung der Spätaussiedler in die bisherigen Hauptzuzugsgebiete und eine Entstehung neuer Ballungsräume verhindert wird. Sie liegt daher im eigenen Interesse der Spätaussiedler.

Es ist zu erwarten, daß das 3. Änderungsgesetz Anfang 1998 in Kraft tritt.

Personalie

Der CSU-Politiker und Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, **Eduard Oswald**, wird neuer Bundesbauminister und damit Nachfolger von Klaus Töper. Wie Kanzleramtschef Friedrich Bohl mitteilte, wird Oswald sein neues Amt Anfang Januar 1998 antreten. Darauf haben sich Bundeskanzler Helmut Kohl und CSU-Chef Theo Waigel verständigt. Oswald ist seit 1992 Parlamentarischer Geschäftsführer und damit der engste Mitarbeiter von CSU-Landesgruppenchef Michael Glos.

EVP setzt sich für „nationale Seite“ auf den EURO-Münzen ein

Auch wenn das Bezahlen mit elektronischem Geld häufiger wird, werden auch zukünftig Münzen das wesentliche Zahlungsmittel bleiben. Diese Auffassung vertrat der CDU-Europaabgeordnete Karsten Hoppenstedt (EVP) bei der Debatte des Europäischen Parlaments über die Stückelung und die technischen Merkmale der EURO-Münzen.

„Seit mehreren tausend Jahren wird traditionell mit Münzen der unterschiedlichsten Legierungen bezahlt. Münzen werden auch weiterhin durch die Hände von Menschen – ob jung oder alt – gehen.“

Im Gegensatz zur Mehrheit der Abgeordneten im Wirtschafts- und Währungsausschuß des Europäischen Parlaments betonte Hoppenstedt, daß sich die Christdemokraten nachdrücklich für nationale Symbole auf einer der Seiten der EURO-Münzen aussprechen. Dies erleichtere einerseits den Gewöhnungsprozeß an die neuen EURO-Münzen, da es zu Anfang sicherlich Gewöhnungsprobleme gebe, und sei andererseits vor allem eine vertrauensbildende Maßnahme, da sich die Bürger nicht von liebengewonnenen Gewohnheiten trennen müßten. Die EVP-Fraktion hat ihre positive Haltung zur nationalen Seite der EURO-Münzen durch einen wieder

eingebrachten Antrag für das Plenum als Signalwirkung bekräftigt.

Was die Stückelung betrifft, sagte Hoppenstedt, daß gerade im Hinblick auf den zunehmenden Einsatz von Verkaufsautomaten und Bezahlungen über größere Werte die spätere Einführung der 5-EURO-Münze sinnvoll sei. Ebenso verfolge er positiv Überlegungen für eine 100-EURO-Goldmünze. „Dies knüpft nicht nur an bewährte Traditionen an, sondern hat auch den wünschenswerten Nebeneffekt, daß die hohen Goldreserven sinnvoll abgebaut werden.“

Hoppenstedt verwies auch auf die über 11 Millionen Sehbehinderten in der Europäischen Union. Die aufsteigende Größenordnung bei der Stückelung der EURO-Münzen mit unterschiedlichen Gewichten und Rändelungen sei ein guter Beitrag dazu, daß diese so oft vernachlässigte Gruppe der Gesellschaft schnell und sicher den Wert der Münze erkennen könne. Die Fälschungssicherheit und Erkennbarkeit der EURO-Münzen auch für Automaten müsse gewährleistet sein. Dazu müßten alle bisher guten Erfahrungen mit den unterschiedlichsten Metallzusammensetzungen einbezogen werden.

Neue Umfrage zeigt EURO-Umschwung

Der EURO kommt, davon ist eine Mehrheit der Deutschen inzwischen überzeugt. Die aktuelle Herbstumfrage des Bereichs Forschung und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung signalisiert einen Stimmungsumschwung in der Haltung der Bundesbürger zur

kommenden Europäischen Währungsunion und zu Europa.

Der Anteil der Deutschen, die eine gemeinsame Währung skeptisch oder ablehnend beurteilen, ist seit Herbst 1996 von 63 auf 45 Prozent gesunken.

Thüringens Zukunft in sozialer Verantwortung gestalten

Sozialpolitik war das Schwerpunktthema des 9. Landesparteitages der CDU Thüringen am 8. November in Zella-Mehlis. In einem von den Delegierten nahezu einstimmig beschlossenen Antrag des Landesvorstandes „Thüringens Zukunft in sozialer Verantwortung gestalten“ wurden dazu Leitlinien der künftigen Sozialpolitik für den Freistaat aufgestellt.

Wichtige Abschnitte des Papiers sind die Arbeitsmarktpolitik, die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme und die Rentenpolitik. Konkret sprachen sich die Delegierten u. a. für die Einführung von Investivlöhnen, für eine verbesserte Verzahnung von erstem und zweitem Arbeitsmarkt, für die Umsetzung der Rentenreform und gegen den Mißbrauch sog. „610-DM- bzw. 520-DM-Jobs“ aus.

Der Landesvorsitzende, Ministerpräsident Bernhard Vogel, rief die Thüringer Union auf, alles zu tun, damit die Große Koalition nach den Landtagswahlen nicht mehr fortgesetzt werden müsse. Es gelte zudem, alle Kräfte zu mobilisieren, damit nicht das Linksbündnis der „Erfurter Erklärung“ Thüringen und die Bundesrepublik regieren kann. Da kein anderer Koalitionspartner als der bisherige auszumachen sei, ermunterte er die Partei, 1999 die absolute Mehrheit im Landtag anzustreben. Bis zum Ende der Legislaturperiode stehe die CDU aber zur Koalition, da eine demokratische Alternative nicht möglich sei.

Der Landesvorsitzende dankte den Thüringer CDU-Bundestagsabgeordneten für die gute Aufnahme der ehemaligen DDR-Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld. In Anspielung auf das biblische Gleichnis vom Weinberg erklärte er, die Partei mit dem

„C“ im Namen freue sich gleichermaßen über diejenigen, die in der ersten Stunde zu ihr gekommen seien, wie über die, die nunmehr den Weg zur ihr gefunden hätten.

Heiner Geißler, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, plädierte als Gastredner für eine strikte Wahrung des Prinzips der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft und warnte vor einem Abdriften von diesem Grundprinzip. Die Politik, sagte Geißler, müsse auf die Globalisierung der Wirtschaft eine globale soziale Antwort geben. Die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft setze einen geordneten Wettbewerb voraus, dieser wiederum den handlungsfähigen Staat. Eine Wirtschaftsordnung, in der Milliarden Gewinne mit Massenentlassungen einhergehen, lehne er ab, sagte Geißler.

Der Parteitag verabschiedete zudem eine neue Beitrags- sowie eine neue Geschäftsordnung für den Landesverband, die der seit 1. Januar 1997 neuen Satzung des Landesverbandes Rechnung trägt.

Personale

Hermann Gröhe, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Neuss, ist auf der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Wetzlar in den Rat der EKD gewählt worden. Diesem höchsten Leitungsgremium gehören 15 Mitglieder drei Jahre lang an. Der Rat der EKD vertritt die evangelische Christenheit in der Öffentlichkeit und nimmt zu Fragen des religiösen und gesellschaftlichen Lebens Stellung.

Damit Niedersachsen gewinnt

Am Samstag, dem 1. November, haben sich über 400 Delegierte und 300 Gäste im Stadium in Stade versammelt zum Landesparteitag der CDU in Niedersachsen. Einstimmig wird das Regierungsprogramm 1998–2003 verabschiedet. Von diesem Parteitag geht eine Aufbruchstimmung aus. Jubel und minutenlange, stehende Ovationen branden dem Spitzenkandidaten Christian Wulff nach seiner 50minütigen, frei gehaltenen Rede von den sichtlich beeindruckten über 700 Anwesenden entgegen. Zuversichtlich und hochmotiviert, kämpferisch geschlossen und selbstbewußt präsentiert sich die CDU in Niedersachsen.

„Wir können nur noch scheitern, wenn wir selbst zu dösig sind“, so Christian Wulff während seiner beeindruckenden Rede, mit der er als Spitzenkandidat genau vier Monate vor der Wahl den Wahlkampf einläutet, an dessen Ende die Ablösung der SPD-Regierung stehen soll. Denn acht Jahre Schröder-Mißwirtschaft seien genug für dieses Land. Niedersachsen brauche neues Denken und neues Handeln – „damit Niedersachsen gewinnt“. Absolut erbärmlich sei es, wenn jemand nichts mehr als den Willen zur Macht habe, so Wulff, und er meinte Schröder damit.

Der SPD-Politiker habe den Wohlstand Niedersachsens aufgezehrt und die Sicherheit des Landes aufs Spiel gesetzt, nur um „seine eigenen Karrierewünsche zu ermöglichen“. Aus dem Tagesgeschäft habe sich der Ministerpräsident „quasi vollkommen verabschiedet“. Niedersachsen habe die höchste Arbeitslosigkeit, die höchste Kriminalitätsrate und mit einer unter 10 Prozent gesunkenen Investitionsquote die niedrigste aller westdeutschen

Bundesländer. Als Schröder an die Macht kam, habe man landesweit 244.000 Arbeitslose gehabt. Heute verzeichne die Statistik 412.000 Menschen ohne Arbeit.

Schröders untaugliche Ausrede, er habe als Ministerpräsident keine Möglichkeit, neue Arbeitsplätze zu schaffen, zeige Schröders Wirtschaftskompetenz, die darin bestehe, daß er keine habe. Die mit dem Namen Schröder eng verbundene Blockadepolitik der SPD im Bundesrat nannte Wulff eine „nationale Schande“. Sein Fazit: „Lieber für Niedersachsen einen Kopf

Mit der CDU in Niedersachsen soll das Land seine Handlungsfähigkeit wieder erhalten. Die CDU besinnt sich auf das Notwendige und Erforderliche.

der jungen Wilden als einen Querkopf der alt gewordenen Enkel.“

Die Chancen, die SPD endlich wieder in die Opposition zu schicken, seien gut. Seit 1994 hat die CDU in Niedersachsen tatsächlich jede Wahl gewonnen, zuletzt die Kommunalwahl, bei der sie 41,7 Prozent erzielte. Die Partei ist geschlossen und steht geeint hinter ihrem Landesvorsitzenden. In den zurückliegenden vier Jahren seit seiner Wahl zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 1994 hat Wulff sich zu einem der Großen in der CDU gemauert.

„Hoffnungsträger für ganz Deutschland“ hat ihn auf dem Parteitag Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann genannt.

Demgegenüber steht ein zunehmend nervöser werdender Schröder an der Spitze einer SPD-Alleinregierung, die wegen der großen Finanzprobleme seit 1994 nicht mehr glänzen konnte. Ein großer Teil der SPD leidet unter der Dominanz Schröders im Kabinett und in der Partei.

Angriffslustige Hasselmann

Die Reihen der CDU sind geschlossen. Der Schulterschuß zwischen alt und jung in der CDU gelingt ebenfalls. Ernst Albrecht hält in Stade keine Rede, er äußert sich konsequent nicht mehr zur Politik. Aber er ist gekommen, um seine Verbundenheit mit Christian Wulff zu dokumentieren. Der CDU-Ehrenvorsitzende Wilfried Hasselmann heizt dagegen angriffslustig und humorvoll mit jahrzehntelanger Rednererfahrung seinen politischen Freunden noch einmal so richtig ein: „Ich hoffe, daß hier niemand im Saal ist, der nicht an den Sieg glaubt. Das gibt es nicht. Wir müssen die Lufthoheit über den Stammtischen zurückerobern. Denn das Schlimmste ist bekanntlich nicht die Feigheit vor dem Feind, sondern die Feigheit vor dem Freund. Lassen wir uns denn wirklich von einer aufgeschreckten Mediendemokratie wild machen? Haben wir denn keine eigene Meinung mehr? Wir müssen jetzt siegen wollen. Ein Wegdrücken darf es nicht geben. Zusammenstehen, fest, entschlossen, einig und stark – mit Christian Wulff an der Spitze, der allen Rückhalt und jede nur denkbare Unterstützung verdient hat“, schmetterte Hasselmann in die Menge.

Die CDU in Niedersachsen ist entschlossen, nach einer Regierungsübernahme am 1. März 1998 Niedersachsen mit einem konsequenten Umkehrkurs in der Finanz-, Wirtschafts-, Innen-, Sozial- und Bildungspolitik wieder neuen Schwung und neue Perspektiven zu geben.

Neues Denken – Neues Handeln

Unter dem Leitsatz „Neues Denken – Neues Handeln“ hat die CDU in Stade das Regierungsprogramm 1998–2003 beschlossen. „Niedersachsen hätte alle Chancen, aber zu ihrer Nutzung bedarf es einer neuen, nämlich bürgerlichen Regierung“, so der niedersächsische Landeschef Christian Wulff. „Mit einem neuen Stil der Politik werden wir ehrlich, mutig, klar durch entschlossenes Handeln Niedersachsen wieder nach vorn bringen und das Vertrauen in die Politik wieder stärken.“

Die niedersächsischen Christdemokraten haben sich eine gesicherte Finanzausstattung als Fundament niedersächsischer Politik zum Ziel gesetzt. Dieses Fundament ist verlorengegangen durch die niedersächsische SPD-Politik, die den höchsten Schuldenstand und die höchste Arbeitslosigkeit aller westdeutschen Flächenländer aufweist.

Die Finanzkrise des Landes ist hausgemacht: Trotz eines Anstiegs der Steuereinnahmen um 38 Prozent hat die SPD-Landesregierung seit 1990 mit rund 30 Milliarden DM zusätzliche Schulden den höchsten Schuldenanstieg aller westdeutschen Flächenländer zu verantworten. Der niedersächsische Staatsgerichtshof verurteilte die ausufernde Schuldenpolitik Schröders als Verfassungsbruch. Das hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben.

Die SPD-Landesregierung hat zudem Rücklagen des Landes in Höhe von 1,3 Milliarden DM vollständig aufgebraucht, Landesvermögen in Höhe von 1,6 Milliarden DM zum Stopfen von Haushaltslöchern veräußert, durch neue Abgaben Bürger und Betriebe belastet und die kommunalen Haushalte um 7 Milliarden DM geplündert.

Um ihre verfehlte Finanzpolitik notdürftig zu kaschieren, sperrt die Landesregierung

seit 1994 ununterbrochen die freiwilligen Ausgaben des Landes und vor allem die arbeitsplatzschaffenden Investitionen. Weniger als 10 Prozent der Gesamtausgaben des Landes stehen für Investitionen zur Verfügung. Diesen stehen 42,6 Prozent des Landeshaushaltes gegenüber, die allein für Personalkosten ausgeben werden. Niedersachsen hat damit die teuerste Verwaltung aller westdeutschen Flächenländer. Die bitteren Folgen dieser unverantwortlichen Ausgabeninflation hat der Staatssekretär im niedersächsischen Finanzministerium offenbart: „Das Land ist finanziell am Ende.“

CDU in Niedersachsen für einen Neuanfang, für eine Umkehr in der Finanzpolitik

Dringliche Aufgabe ist für die CDU nach der Regierungsübernahme eine durchgreifende Verwaltungsreform zur Reduzierung der Ausgaben. Staatliche Aufgaben sollen auf allen Ebenen abgebaut und überflüssige Regulierungen abgeschafft werden. Öffentliche Aufgaben werden privatisiert und die Bürokratie reduziert. Dabei wird der Landtag mit gutem Beispiel vorangehen und ein Zeichen setzen für das herbeizuführende Umdenken im ganzen Land. Die CDU will den Landtag von 161 auf 135 Abgeordnete und von 100 auf 80 Wahlkreise verkleinern. Zwei Ministerien sollen abgeschafft und die Ministerialverwaltung auf klassische Führungs- und Lenkungenfunktionen beschränkt werden.

Die Bezirksregierungen werden dann Kompetenzen an die Kommunen abgeben und sich auf reine Bündelungs- und Koordinierungsfunktionen konzentrieren. Die CDU will den Kommunen wieder weitgehende Entscheidungskompetenzen geben. Die Zeit „der Raubzüge durch die kommunalen Kassen“ muß beendet, und die Kommunen müssen angemessen an den

Einnahmen des Landes beteiligt werden. Der Staat soll sich nach dem Willen der CDU künftig in erster Linie als Dienstleister und Impulsgeber verstehen. Markt- und betriebswirtschaftliche Prinzipien sollen in der Verwaltung stärker berücksichtigt und einzelne Aufgabebereiche künftig teilweise privatwirtschaftlich erledigt werden, beispielsweise Prüf- und Meßaufgaben im technischen Bereich. Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen bei einer CDU-geführten Landesregierung vereinfacht werden.

Das Landesvermögen soll zum Teil verkauft und die Erlöse in einen neuzuschaffenden „Zukunftsfonds Niedersachsen“ eingebracht werden. Ausdrücklich spricht sich die CDU in diesem Zusammenhang für die Erhaltung der Stellung des Landes bei VW und der Nord/LB aus. Der „Zukunftsfonds Niedersachsen“ wird nach bayerischem Vorbild durch seine Erträge Investitionen in Zukunftstechnologien und arbeitsplatzschaffende Maßnahmen finanzieren. Für öffentliche Investitionen, beispielsweise im Krankenhausbereich, soll Privatkapital mobilisiert werden. Sämtliche Subventionen des Landes sollen auf Wirksamkeit und Zielgenauigkeit überprüft und zeitlich befristet werden. Die CDU rechnet dadurch mit einer Subventionsenkung um durchschnittlich zehn Prozent.

Innovationen fördern

Die durch die CDU festgelegte Landesförderung richtet sich auf den Mittelstand aus. Das Technologieförderungsprogramm, das unter Ernst Albrecht über 400 Millionen DM betragen hatte und von der SPD-Landesregierung auf 23 Millionen DM zusammengestrichen wurde, wird die CDU wiederbeleben. Die CDU setzt auf Förderung der neuen Technologien in den Bereichen Kommunikation, Bio- und Gentechnik. Aus der EXPO 2000 will die

CDU langfristigen Gewinn für Niedersachsen erzielen. So ist unter anderem Hannover als Standort einer Multimedia-Akademie für Führungskräfte vorgesehen, dem ein Marketing- und Dienstleistungszentrum für innovative Existenzgründungen angeschlossen werden soll.

Im Bereich der Inneren Sicherheit wird die CDU sofort nach Regierungsübernahme ein neues Polizeigesetz beschließen, das die Fehlentwicklungen auf diesem Bereich korrigieren soll: Konkret soll die Polizei zur Gefahrenabwehr die Möglichkeit zur akustischen und optischen Überwachung von Verbrecherwohnungen erhalten, Rasterfahndungen und verdachtsunabhängige Kontrollen im öffentlichen Verkehrsraum durchführen können.

Insbesondere in diesem Bereich wurde die niedersächsische Polizei gegenwärtig von der SPD-Landesregierung der notwendigen gesetzlichen Vollmachten beraubt, um organisierte Kriminalität bekämpfen zu können. Die CDU beruft sich dabei auf den Bund Deutscher Kriminalbeamter. Die CDU wird den von der SPD betriebenen Personalabbau bei der Polizei sofort stoppen. Abschiebung straffällig gewordener Ausländer, Unterbringung jugendlicher

Straftäter in geschlossenen Heimen und generelle Anwendung des Erwachsenenstrafrechts für Täter über 18 Jahren sind weitere Forderungen der CDU, die sich auch dafür ausspricht, Sexualstraftätern grundsätzlich keine Lockerungen des Strafvollzuges oder vorzeitige Entlassungen mehr zu gestatten. In Fällen von Kindesmißbrauch soll das Strafmaß auf lebenslang erhöht werden können.

Im Bereich der Bildungspolitik ist es wichtig, die Autoritäten wieder zu stärken und zu motivieren, statt die Lehrer – wie durch die SPD-Landesregierung geschehen – als „faule Säcke“ zu diffamieren. Die CDU will die Orientierungsstufe abschaffen und eine angemessene Unterrichtsversorgung an den Schulen sicherstellen. Die Hochschulen sollen über sogenannte Globalhaushalte weitgehende Hoheit über die Verwendung ihrer Finanzen erhalten.

Mit der CDU in Niedersachsen soll das Land seine Handlungsfähigkeit wieder zurückerhalten. Die CDU besinnt sich auf das Notwendige und Erforderliche: wirtschaftliche Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze, soziale und innere Sicherheit sowie Chancen im Bildungswesen.

— CDU legt zu, SPD verliert —

„Die Landtagswahl in Niedersachsen am 1. März wird eine Richtungsentscheidung über die Frage ‚rot-grün‘ oder bürgerliche Landesregierung.“ Das sagte Generalsekretär Hartwig Fischer auf einer Pressekonferenz, auf der er gemeinsam mit dem Emnid-Geschäftsführer Klaus-Peter Schöppner eine Meinungsumfrage des Instituts präsentierte.

Die unter 1.002 repräsentativ ausgewählten Befragten durchgeführte Umfrage ergab, daß die SPD die absolute

Mehrheit nicht erreichen kann. Sie käme, wenn am Sonntag in Niedersachsen gewählt würde, nur auf 43 Prozent. Dies wäre ein Minus gegenüber 1994 von 1,3 Prozentpunkten. Die CDU liegt gegenwärtig bei 39 Prozent und hätte damit bereits 2,6 Punkte ihres Rückstandes von der letzten Landtagswahl aufgeholt. „Wir sind damit auf einem guten Weg“, sagte Fischer, „wir werden unsere Anstrengungen fortsetzen, um am 1. März stärkste Partei zu werden.“

Schröder scheut das direkte Duell

Die CDU in Niedersachsen hat am 10. November das Bildmotiv „TV-Duell“ ihrer landesweiten Kampagne vorgestellt. Den beiden Bewerbern um das Ministerpräsidentenamt liegen Einladungen von Fernsehanstalten und anderen Organisationen zu einem öffentlichen Streitgespräch im Vorfeld der Landtagswahl vor.

Christian Wulff ist bereit, Gerhard Schröder verweigert sich einer – für Demokraten selbstverständlichen – Zusage. Diesen Sachverhalt, die Weigerung des Ministerpräsidenten, einer von der Bevölkerung gewünschten direkten Gegenüberstellung mit seinem Kontrahenten in Form eines Streitgespräches zuzustimmen, thematisiert die CDU in Niedersachsen ab sofort in Plakatform.

Dieses Plakat wird in den nächsten Wochen von den Kreisverbänden im Land ausgehängt. Es gibt drei verschiedene Formate: Großfläche, Wandzeitung oder Postkarte für Canvassing-Stände.

„Die Streitgespräche müssen stattfinden“, so Generalsekretär Hartwig Fischer. Solche Fernsehduelle zwischen den Spitzenkandidaten für das Ministerpräsidentenamt stießen auf breites Interesse der Öffentlichkeit. Das zeigten auch die Einschaltquoten ähnlicher schon gelaufener



Sendungen. „Daß sich Schröder nicht klar zu diesem Recht der Öffentlichkeit auf Information bekennt, liegt offensichtlich daran, daß Schröder zu feige ist“, so Hartmut Fischer.

Schröder wolle kneifen, weil er um das Desaster seiner sieben Regierungsjahre wisse und diese Fakten in einem Fernsehduell auch durch noch so schöne Sprüche nicht werde verschleiern können. Schröder scheue das Duell, da er wisse, daß Wulff eine echte Alternative zu sieben SPD-Verfall-Jahren bietet.

Argumente im direkten Vergleich

Die Menschen hätten ein Recht darauf, sich eine eigene Meinung zu bilden und die Argumente der Kontrahenten im direkten Vergleich zu hören. Das sei gute demokratische Tradition, bei der das bessere Argument gewinne. Mit der Plakataktion zeige Christian Wulff, daß er sich einer solchen Auseinandersetzung stellt.

Argumente

Zur Verbesserung der Kommunalfinanzen

Es gibt nur noch ganz wenige Städte und Gemeinden, die keine Probleme mit ihren jährlichen Haushaltsplänen haben.

Beklagt wird alles mögliche: vor allem zu hohe Kreisumlage, immer höhere Ausgaben für Pflichtaufgaben usw.

Aber kaum einer weiß: Die Länder werden ihrer Verantwortung nicht gerecht.

Was weitgehend unbeachtet geblieben ist: Die Länder werden in diesem Jahr fast so viel Steuern einnehmen wie der Bund.

Im nächsten Jahr werden sie – nach der jüngsten Steuerschätzung – die Bundeseinnahmen sogar um 7,6 Milliarden DM übertreffen.

- Statt rund 50 Prozent wie früher fließen dem Bund in diesem Jahr nur 41,5 Prozent der Steuereinnahmen zu.
- Statt rund 30 Prozent wie früher fließen den Ländern in diesem Jahr 41,1 Prozent der Steuereinnahmen zu.

Das heißt in absoluten Zahlen: Während die Steuereinnahmen des Bundes seit 1994 um 40 Milliarden DM gefallen sind, sind die Steuereinnahmen der Länder in dieser Zeit um 70 Milliarden gestiegen.

Die Steuereinnahmen der Kommunen stagnieren dagegen seit 1992 bei rund 95 Milliarden DM.

Und der Deutsche Städtetag weist in seinem Gemeindefinanzbericht 1997 nach: Trotz stark wachsender Ländereinnahmen sind die Zahlungen der Länder an die Gemeinden seit 1993 gefallen.

Hinzu kommt:

Bei den Gemeinden ist der im Mai 1993 für die Jahre bis 1997 prognostizierte Anstieg der Steuereinnahmen in Höhe von 20 Milliarden DM ausgeblieben.

- 10 Milliarden DM hat das geringere Wirtschaftswachstum verhindert.
- 10 Milliarden DM lassen sich nur durch die zu hohen Steuersätze erklären, die zu einer verstärkten Nutzung aller Steuervermeidungsmöglichkeiten geführt haben.

Die Verhinderung der großen Steuerreform durch die SPD kommt die Kommunen teuer zu stehen. Wirtschaftskraft und Steuerzahlung entkoppeln sich immer mehr.

Was die Koalitionsfraktionen gegen den heftigen Widerstand der Opposition durchgesetzt haben:

1: Pflegeversicherung

mit der Folge: 1996 und 1997 sinken erstmals seit Einführung des Bundesso-

zialhilfegesetzes die Sozialhilfeausgaben deutlich, während sie vorher jährlich um 5 Milliarden DM gestiegen sind.

2: Sozialhilfereform 1996

mit der Folge: Ab 1998 kann die Sozialhilfe wieder leicht ansteigen – aber auf einem um rund zehn Milliarden DM niedrigeren Niveau.

3: Abschaffung der Gewerbesteuer

mit der Folge: Die Kommunen werden ab 1998 zum vollen Ausgleich des Wegfalls dieser Steuer mit 2,2 Prozent an der dynamischen Umsatzsteuer beteiligt.

Eine mittelstandsfreundliche Absenkung der Gewerbeertragssteuer konnte gegen die Blockade der SPD im Bundesrat nicht durchgesetzt werden.

Sonderregelung für die neuen Bundesländer:

Durch die gesonderte Senkung der Gewerbesteuerumlage in den neuen Ländern für die Jahre 1997 und 1998 erhalten die Städte und Gemeinden einen angemessenen Ausgleich für die Nicht-

erhebung der Gewerbesteuer in diesen Ländern.

Theo Blank, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

„Die ab dem Jahr 2000 geplante Ausgestaltung der Schlüsselemente bei der Verteilung der Umsatzsteuer stellt sicher, daß das kommunale Band zur Wirtschaft erhalten bleibt. Aus der Sicht des Handwerks dürfte es sogar noch fester werden. Wegen des Charakters der Gewerbesteuer als Großbetriebssteuer war das Handwerk für die Kommunen aus fiskalischer Sicht weitgehend uninteressant geworden. Mit den Schlüsselementen

- abnutzbares Anlagevermögen,
- Lohnsumme
und gegebenenfalls
- Vorräte

geht jedoch ab dem Jahr 2000 auch die Wirtschaftskraft aller örtlichen Betriebe in den Schlüssel ein, so daß sich das Wohlergehen der örtlichen Wirtschaft in den Kommunen auch fiskalisch wieder stärker niederschlagen wird.“

SPD-Steuerblockade belastet Kommunen

Zur aktuellen Steuerschätzung erklärte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Theo Blank:

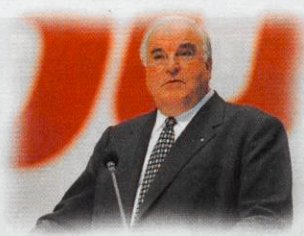
Trotz Wirtschaftswachstum sinken die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden von 814 Milliarden DM in 1995 auf 795 Milliarden DM in

1997. Der wichtigste erfolgversprechende Ansatz, die Erosion der Steuerbasis zu stoppen, wäre die von der Union geplante Steuerreform gewesen. Deshalb sind auch die aktuellen kommunalen Steuermindereinnahmen Folge eines Steuersystems, das zu reformieren die SPD sich geweigert hat.

9. Parteitag der CDU in Leipzig

Das 21. Jahrhundert menschlich gestalten

Wir kämpfen für die Zukunft unseres Landes



Rede des Vorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, auf dem 9. Parteitag der CDU Deutschlands 1997 in Leipzig

CDU

Das 21. Jahrhundert menschlich gestalten

Wir haben die Kraft zur Veränderung



Schäuble

Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Wolfgang Schäuble, auf dem 9. Parteitag der CDU Deutschlands 1997 in Leipzig

CDU

Das 21. Jahrhundert menschlich gestalten

Projekt Zukunftschancen



Rede des CDU-Generalsekretärs Peter Hintze auf dem 9. Parteitag der CDU Deutschlands 1997 in Leipzig

CDU

- Rede Helmut Kohl
Bestell-Nr.: H308
- Rede Wolfgang Schäuble
Bestell-Nr.: H310
- Rede Peter Hintze
Bestell-Nr.: H309

Die Redebroschüren vom 9. Parteitag der CDU können ab sofort bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle unter der **Fax-Nr.: 02 28/ 5 44-4 82** kostenlos (solange der Vorrat reicht) angefordert werden.

Schriftliche Bestellungen an:
 CDU-Bundesgeschäftsstelle
 Abt. Öffentlichkeitsarbeit
 Friedrich-Ebert-Allee 73
 53113 Bonn

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN

CDU-Ledergeldbörse

Wie abgebildet, besteht die Börse aus einem Kleingeldfach auf der Außenseite sowie einem Scheinfach, 8 Kartenfächern und zwei Steckfächern im Innenteil.

Die hochwertige Verarbeitung dieser Börse aus der namhaften „Brown-Bear-Collection“ zeichnet sich unter anderem durch seine rundgenähten Ecken, doppelten Nähte sowie die Stoff-Kaschierung an den Innenseiten aus.

Durch ihr handliches Format (ca. 11 x 9 cm) ist diese Börse sowohl als Damen- wie auch als Herren-Geldbörse verwendbar.

Bestell-Nr.: **9243**

Verpackungseinheit: 1 Expl.

Preis je Expl.: 29,90 DM
zzgl. MwSt. und Versand



Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 11 64, 33759 Versmold

Fax (0 54 23) 4 15 21

UID

37/1997

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.